

BASLER

FREISINN

Selber entscheiden.

Endlich wieder persönliche Treffen!

So geht es einfacher vorwärts.
Fotos Tina Barth


Die digitalen Anlässe sind in den Hintergrund gerückt, endlich dürfen wir uns wieder persönlich treffen. So lässt sich doch besser politisieren und diskutieren. Wie wir alle das schätzen, zeigte sich am Parteitag vom 16. August (Seite 4) sowie am Präsidentenfest von David Jenny am 17. August (Seite 9). Und wenn Sie diese Ausgabe des Basler Freisinns erhalten, dann ist das «Barbecue radical» vom 4. September in Riehen bereits über die Bühne gegangen. Zudem führen die Sektionen auch persönliche Anlässe durch (Seiten 10, 11). Hoffen wir, dass diese erfreuliche Entwicklung anhält.

Was wir anpacken

Das erste Vorwort von Johannes Barth in seiner Eigenschaft als neuer Präsident. Er sagt, was er mit dem Vorstand anpacken will. **Seite 3**

Der 3. Parteitag – endlich persönlich

Am Parteitag vom 16. August 2021 im Restaurant Schützenhaus fassten die 65 anwesenden Mitglieder die Parolen für die Abstimmungen vom 26. September. **Seite 4**

Präsidentialer Dank

Mit diesen Versen hat sich Preesi Barth bei den scheidenden Delegierten, Grossräten, Vorstandsmitgliedern, Regierungsrat und Präsidium für die Parteiarbeit bedankt. **Seite 5**

Die beiden kantonalen Vorlagen

Marcel Schweizer und Daniel Seiler stellen die zwei kantonalen Vorlagen Referendum Hörnli-Allee und Initiative für erschwingliche Parkgebühren vor. **Seiten 6, 7**

Was macht die FDP im Grossen Rat?

Bald ist die Sommerpause vorbei, dann geht es im Rathaus wieder los. **Seite 8**

Das Präsidentenfest

Am 17. August lud Grossratspräsident David Jenny zum Präsidentenfest im Werk 8 im Gundeli. Und fast alle kamen und genossen es. **Seite 9**

Aus den Sektionen

Das läuft in den Sektionen **Seiten 10, 11**

Neue Adresse und neue Telefonnummer

Per 1. September ist das Sekretariat umgezogen. Auch die Telefonnummer ist neu. **Seite 11**

Inhalt

- 3 Was wir anpacken
- 4 Der 3. Parteitag – endlich persönlich
- 5 Präsidialer Dank
- 6/7 Die beiden kantonalen Vorlagen
- 8 Was macht die FDP im Grossen Rat?
- 9 Das Präsidentenfest
- 10/11 Aus den Sektionen
- 11 Neue Adresse und neue Telefonnummer
- 12/13 Ziele und Forderungen zu Altersvorsorge & Gesundheit
- 14/15 Petra Gössi blickt auf ihre Amtszeit zurück
- 16 Aus dem Archiv
- 17 Vorschau auf die Herbstsession
- 18 Damian Müller kämpft gegen die 99%-Initiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen: Lehner Versand
- 21 Gastbeitrag von Arbela Statovci
- 22 Praktikanten-Blog von Philipp Gasser
- 23 Vermischtes



Mit geeinten Kräften vorwärts

Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

Liebe Freisinnige

In den letzten Monaten haben mich zahlreiche Zuschriften zu meinem bevorstehenden Rücktritt als Parteipräsidentin erreicht. Ihre wohlwollenden Worte haben mich überwältigt und sehr berührt. Ich möchte Ihnen auf diesem Weg nochmals von ganzem Herzen danken für Ihren Zuspruch und Ihre Unterstützung. Nur dank Ihnen und Ihrem Einsatz zugunsten unserer Partei kann sich die FDP weiterhin für liberale Lösungen einsetzen.

Ihre Stimme zählt!

Es braucht heute wie morgen einen starken Freisinn, der unser Erfolgsmodell Schweiz und unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigt und weiterentwickelt. Die bevorstehende Abstimmung zur 99%-Initiative ist ein erneuter Frontalangriff der Linken auf unseren Wohlstand. Mit einem Nein am 26. September können wir dafür sorgen, dieses drohende Unheil abzuwenden.

Liberalismus bedeutet für uns Freisinnige auch, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Am nächsten Abstimmungssonntag können wir mit einem Ja zur «Ehe für alle» einen wichtigen Schritt zugunsten der freien Lebensgestaltung machen. Mehr zu den beiden Abstimmungsvorlagen finden Sie auf den Seiten 8, 18 und 19.

Aufbruchstimmung in unserer Partei

Ihre Stimme zählt jedoch nicht nur bei den Volksabstimmungen, sondern auch innerhalb unserer Partei. Als Parteipräsidentin war es mir deshalb stets ein Anliegen, Sie direkt in die parteipolitischen Prozesse einzubinden. Es war eine Freude zu sehen, wie Sie sich bei den Mitgliederumfragen in den letzten zwei Jahren eingebracht und intensiv an der Basisarbeit beteiligt haben. Es zeigt, dass wir Freisinnigen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen «bottom-up» zu erarbeiten.

Deswegen macht mich auch das beherzte Engagement unserer Sektionen und Kantone stolz. Während die Jungfreisinnigen mit der Einreichung der Renteninitiative bereits einen historischen Meilenstein erreicht haben, sind die FDP Frauen mit der Initiative zur Individualbesteuerung auf bestem Weg dorthin.

Vielfalt als Chance nutzen

Es stimmt mich optimistisch und zuversichtlich, wie leidenschaftlich sich die Freisinnigen für liberale Lösungen engagieren. Dies erachte ich als Grundvoraussetzung für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes. Die Vielfalt und der Ideenwettbewerb sind der Motor für Innovation und Fortschritt. Im Rückblick auf meine Zeit als Parteipräsidentin (auf den Seiten 14 und 15) erachte ich denn auch den Kontakt mit den vielen Menschen und die Gespräche über liberale Ideen und Visionen als eine der schönsten Bereicherungen in diesem Amt.

Unsere Partei lebt von einer angeregten Diskussionskultur. Sie setzt die Impulse für die Erarbeitung von zukunfts- und mehrheitsfähigen Lösungen. Wir sind stark, wenn wir diese Energie zugunsten gemeinsamer Ziele bündeln. Lassen Sie uns diese Chance auch künftig gemeinsam anpacken und unsere liberale Zukunftsvision für die Schweiz umsetzen.

Nochmals ein herzliches Dankeschön und herzliche Grüsse

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Was wir anpacken

Johannes Barth, Parteipräsident



Vor rund drei Monaten haben Sie den neuen Vorstand und das Präsidium gewählt. Wir sind im Vorstand daran, die Erkenntnisse der letzten Grossratswahlen in Massnahmen umzusetzen.

In den letzten Monaten gab es Workshops und wir haben Zeit in die Teambildung und Analyse gesteckt und eine Reorganisation angestossen – unter anderem mit dem Umzug unserer Geschäftsstelle in die Dufourstrasse 25.

Wir haben Folgendes festgehalten

Wir als FDP Basel-Stadt sind dabei unsere neue Rolle aus der Opposition zu definieren. Wir müssen nicht nur bei einzelnen Abstimmungen unsere Wahlversprechen erfüllen, sondern uns auch für die anstehenden Wahlen klar positionieren und die Kandidaturen bereits jetzt aufbauen. Denn wir haben die Kompetenz, wir haben die Energie und Motivation und wir pflegen den konstruktiven Austausch. Wir wollen als Partei den Freisinn nahbarer machen und mehr Volksnähe zeigen.

Frauenanteil steigern und Arbeit besser verteilen

Ausserdem ist der Frauenanteil noch immer zu tief, die einzelnen Parteimitglieder werden zu wenig eingebunden. Die meiste Arbeit lastet auf wenigen Schultern. Es braucht mehr Engagement der Mitglieder, indem wir Ihnen die Möglichkeiten geben. Und wir brauchen auch neue Parteimitglieder – in allen Altersgruppen. Dabei sind Sie alle gefragt, neue Mitglieder anzuwerben.

Wie kommen wir also dorthin?

Wir werden zuhören, Kräfte bündeln und Themen priorisieren. So arbeiten wir an denjenigen Lösungen, die zum Wohle aller eine fortschrittliche Politik prägen – und zwar gemeinsam und generationenübergreifend. Dann werden wir mittel- und langfristig wieder wachsen und mitbestimmen.

Unsere Kernthemen

Die Kernthemen sind dabei eine offene, wirtschaftsfreundliche Politik, Bildung, Gesundheit und Mobilität sowie Stadtentwicklung. Aber natür-

lich sind bei einem Ausländeranteil von 38% in der Stadt auch Migration und Integration für ein offenes, internationales Basel wichtig. Gleichzeitig können und wollen wir andere Parteien und deren opportunistische Haltungen prüfen und über populistisch gefällige Floskeln hinaus deren Ansätze herausfordern. Wir können aber themenbezogen konstruktiv mit anderen Parteien kooperieren, ohne mit ihnen im selben Boot sitzen zu müssen.

Klar und einfach kommunizieren

Wir müssen unsere Positionen klar und einfach darstellen. Und wir dürfen uns nicht von opportunistischen Verlockungen, wie beispielsweise grünen Themen, ablenken lassen. Der Vorstand wird sich repräsentativ für die Mitglieder mit den bevorstehenden Herausforderungen auseinandersetzen und Lösungen präsentieren, die dem Freisinn entsprechen und die durchdacht sind.

Neues nationales Präsidium

Der Aargauer Ständerat Thierry Burkart hat sich bei der Findungskommission als Kandidat für das schweizerische Parteipräsidium gemeldet. Er will mit einem breit abgestützten Vorstand die FDP zurück zu alter Stärke führen. Zur Neubesetzung haben wir klare Erwartungen: Das Präsidium muss in der Lage sein, eine klare Linie aufzuzeigen und zu führen. Es ist für uns im Kanton wichtig, zu wissen, was die nationale Parteispitze denkt und was ihre Ziele sind. Dabei erscheint uns besonders wichtig, dass die Basis miteinbezogen wird, damit wir schweizweit als Einheit das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen können.

Ich finde, wir dürfen einfordern, dass auf urbane Themen eingegangen wird, denn es gibt Unterschiede zwischen Stadt und Land. Jedoch soll man sich auf keinen Fall gegenseitig bekämpfen. Ich werde bei den Anhörungen dabei sein und die Stimme von Basel-Stadt, die Stimme der Städte, der Wirtschaftsmotoren unseres Landes, einbringen.

Dauerbrenner Corona wird aktuell bleiben

Der Bundesrat hat entschieden, ab Oktober 2021 die Covid-Schnelltests kostenpflichtig zu machen, damit mehr Bürgerinnen und Bürger sich kostenlos impfen lassen. Ich verstehe diesen Entscheid, denn die Impfung ist wichtig – ohne Zweifel!

Gleichzeitig sind und bleiben wir ein freies Land. Und je nach Einkommen kommt die Kostentragpflicht einem versteckten Impfzwang gleich. Ich hätte es lieber gesehen, dies differenzierter anzuschauen. Warum nicht eine Testkostenpflicht

zum Beispiel erst ab 30 Jahren? Erstens ist für Ältere das Impfen am wichtigsten, zweitens griffe es zu weit, gerade die Jungen, die stark unter den einschränkenden Massnahmen gelitten haben und selten über ein dickes Portemonnaie verfügen, gleichsam nochmals zu bestrafen.

Auf jeden Fall müssen wir mit den Corona-Massnahmen weiterhin sehr sorgfältig umgehen. Bei all den Diskussionen um die Kostentragung müssen wir das eigentliche Ziel im Blick haben, nämlich sämtliche Zwangsmassnahmen zu überwinden, und zwar lieber früher als später. Denn wir werden lernen müssen, mit dem Virus zu leben, auch mit Mutationen, die wir jetzt noch nicht kennen. Ja, wir müssen lernen, mit dem Risiko zu leben. Sicherheit ist zwar ein wichtiges Gut, aber wenn es um die Abwägung zwischen Nutzen und Schaden einer Massnahme geht, dann ist für uns Freisinnige klar: im Zweifel nicht für absolute Sicherheit, sondern für Freiheit und Selbstbestimmung!

Gewaltentrennung ist wichtig und ist zu respektieren

Nach der Urteilsbestätigung mit Minderung des Strafmasses im Vergewaltigungsfall «Elsässerstrasse» kam es zu Rücktrittsforderungen an unsere Gerichtspräsidentin Liselotte Henz. Hier müssen wir klar Stellung beziehen und unserem Rechtssystem und seiner Vertreterin das volle Vertrauen schenken. Der Täter wurde in 2. Instanz nochmals verurteilt, auch wenn das Strafmass neu bewertet und gemäss der Rechtsauffassung des Gerichts neu beurteilt wurde.

Ich halte hier mit aller Deutlichkeit fest, dass es in unserer Demokratie eine Gewaltenteilung gibt. Das Urteil kann selbstverständlich öffentlich diskutiert und von beiden Seiten weitergezogen werden. In einem Rechtsstaat gelten die Spielregeln für alle gleichermassen. Es kann aber nicht sein, dass man ein Urteil, weil es einem nicht gefällt, mit Rücktrittsforderungen an die Richter versucht zu beeinflussen. Vielmehr sollten die Demonstranten sich für eine Revision des Strafrechts einsetzen, als eine unseriöse Polemik medial aufzubauchen.

Es gibt viel zu tun für den Erfolg

Sie sehen, wir müssen noch viel tun, damit wir die nächsten Jahre die Politik in Basel-Stadt aktiv mitbestimmen und zu neuer Stärke wachsen. Danke, dass Sie aktiv mitmachen!

Johannes Barth
Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

3. Parteitag des Jahres

Erstmals wieder persönlich.

Fotos Tina Barth



Gut gelaunte Gesichter beim Apéro vor, aufmerksame Zuhörende und angeregte Diskussionen während sowie ein feines Buffet nach dem Parteitag. Das haben die Teilnehmenden sehr geschätzt.

Am Montagabend, dem 16. August 2021, durfte Parteipräsident Johannes Barth 65 Mitglieder sowie Gäste zu seinem ersten von ihm geleiteten Parteitag im Restaurant Schützenhaus begrüssen.

Motivierende präsidentiale Rede

In seiner motivierenden Begrüssungsrede – siehe Seite 3 dieser Ausgabe – ging Johannes Barth darauf ein, was der neue Vorstand bereits aufgegleist hat und was er vor hat. Er zeigte sich froh, dass man endlich wieder persönlich an einen Parteienanlass dürfe und wieder miteinander politisieren könne.

Parolen zu zwei kantonalen Vorlagen

Die Traktanden zu den zwei kantonalen Vorlagen vom 26. September moderierte Vize Elia Schäfer.

Referendum Hörnli-Parkplätze

Zuerst folgte die Präsentation von Marcel Schweizer (alt Grossrat, alt Gemeinderat Riehen, Gartenbauunternehmer, Präsident des Gewerbeverbandes Basel-Stadt) zur Referendumsvorlage zum Grossratsbeschluss betreffend Ausgaben für Umgestaltung der Hörnli-Allee. Gemäss diesem Beschluss sollen – entgegen der Vereinbarung zwischen Regierung und Gemeinde Riehen – viele Parkplätze entfallen. Mehr Details dazu lesen Sie auf Seite 6 dieses Basler Freisinns. Der Vortragende konnte die Anwesenden überzeugen und so beschloss der Parteitag mit 65 Nein und 0 Ja einstimmig die Nein-Parole zur Hörnli-Vorlage des Grossen Rats.

Initiative für «erschwingliche Parkgebühren»

Zu dieser Vorlage trug Daniel Seiler (Präsident FDP Kleinbasel, Vorstandsmitglied ACS) die Argumente für und wider die Initiative vor. Angesichts des ständigen Parkplatzabbaus (bislang rund 4000!) und des Überverkaufs von Parkkarten sei Gegensteuer nötig. Zudem kämen die versprochenen Quartierparkplätze nicht. Hier auf Seite 7 können Sie die Argumente im Detail lesen. Nach kurzer Diskussion beschloss – entgegen der Empfehlung der FDP-Fraktion – der Parteitag mit 50 Ja zu 8 Nein die Ja-Parole.

Parolen zu zwei eidgenössischen Vorlagen

Diesen Teil des Parteitages moderierte Vizepräsidentin und Bettinger Gemeinderätin Eva Biland. Die beiden eidgenössischen Vorlagen wurden jeweils kontradiktorisch behandelt.

Juso-Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)

Hiezu trugen zuerst Nino Russano (Präsident der Juso Basel-Stadt) die Pro- und danach Luca Urgese (Grossrat, alt Präsident FDP Basel-Stadt) die Contra-Argumente vor. Es sei anerkannt, dass der Jungsozialist sich in der «Höhle des Löwen» gut gemetzget hat und auch Applaus erhielt. Doch die Argumente von Luca Urgese und weiteren Personen kamen bei den Parteimitgliedern klar besser an. Sie gelangten zur Überzeugung, dass die Juso-Initiative schädlich sei und wesentlich mehr

Steuerpflichtige betreffen würde als – wie von den Juso behauptet – nur die sehr reichen 1% der Bevölkerung. Mit 65 Nein und 0 Ja wurde wuchtig die Nein-Parole beschlossen – gleich wie es die nationale Partei, der Bundesrat und die eidgenössischen Räte auch vorschlugen.

Änderung des ZVG betreffend «Ehe für alle»

Hier vertraten Rolf Stürm (alt FDP-Grossrat) die Ja-Seite und Gianna Hablützel-Bürki (Grossrätin SVP) die Nein-Seite. Während Rolf Stürm mit viel Engagement aufzeigte, wieso ein Ja zur Ehe für alle richtig sei, konnte Gianna Hablützel-Bürki nur wenige von einem Nein überzeugen. Schliesslich ob siegte das Ja-Lager mit 57 Stimmen bei nur 2 Nein. Mit diesem starken Resultat hat der Parteitag die Ja-Parole gefasst, die der freisinnigen Gesinnung entspricht. Er folgte damit auch dem Vorschlag des Bundesrates, der National- und Ständeräte sowie des nationalen Parteitages. Mehr auf Seite 7.

Verdankungen und gemütliches Beisammensein

Aufgrund der diversen Wahlen kam es zu vielen Veränderungen und Rücktritten. Zwar konnten wir diese Mutationen bereits im letzten Basler Freisinn aufführen, aber die persönliche Verdankung für die geleistete Parteiarbeit konnte wegen Corona nicht stattfinden. Dies holten Johannes Barth und Corinna Zigerli gebührend nach. Was er zu jeder und jedem sagte, lesen Sie auf der nebenstehenden Seite.

Danach lud der Präsident zum gemeinsamen Apéro und einem feinen kalten Buffet im Garten des Restaurants Schützenhaus ein. Das wurde von allen sehr geschätzt und manch eine oder manch einer blieb länger als wohl ursprünglich gedacht.

Faire Mobilität

JA
26.9.21

Für erschwingliche
Parkgebühren

www.erschwingliche-parkgebuehren.ch
Komitee «für erschwingliche Parkgebühren», Postfach 1089, 4001 Basel

Viile Dangg

Johannes Barth hat die folgenden Verdankungen in Baseldeutsch in Versform vorgetragen. Hier nochmals die gesamten Reime zum Nachlesen:

Gege Naturgesetz hilft kai Gschrey
und das gilt au bin ere Partey.
Sie isch im Wandel, Tag für Tag,
au wenn me das kuum glaube maag.
So wird nur ebber inschtalliert,
wenn au ebber demissioniert.
Und das isch, au wenn s Euch schockiert,
bi unserer Partei e soo bassiert.
E neu Generazioon
ghöört ab jetzt zem guete Doon.
Doch im Unterschiid zue Bangge,
dien mir Lyt, wo göön, verdange!
Au wenn bi uns, wenn d ehrlich bisch,
dr Fallschirm nid so goldig isch.
Derfür kunnts s Danggsscheen do vo Häärze
und dr Abschiid sorgt fir Schmäärze,
denn jeede Ysatz isch halt ändlig,
und derzue nid sälbschtverständnis.
Well unsere Loon kunnt delikaat,
nid wie bi andere nur vom Staat.
Mir makes, und das gilt do z *Bäle*,
uss Gmainnutz und uss Ideal.
Drum wänn mir s uns jetzt nid lo nää,
Euch do en Abschiidsgruess mit z gää.

S git vier Grubbe, allem aa,
und zeerscht kunnt jetzt die Vierti draa.
Bi dääre Grubbe, wie gsait, die Vierti,
goot s per see um **Delegierti**.
Als erschts kunnt waiss Gott kai Jehudi,
sy Namme isch **Dominik Tschudi**.
Doch är verloosst d Partei jetzt nid,
sondern macht neu im Vorstand mit.
Dr **Iman Ahmed** will s duurestiere
und losst sich nümme lo delegiere.

Und au dr liebi **Murat Kaya**,
goot zoobe künftig frieh in d Haja.
D Frau, die freuts au bim **Urs Käller**,
well är erschynt deheim jetzt schnäller.
Dr **Meyer Serge**, es isch e soo,
het d Partei grad ganz verloo.
Dr **Simon Lauper**, schyynts e Doggter,
maint meeh Freyzyt, jo, das woggt er.
Mir saage dääne ohni Wangg,
vom Freysinn uss, ganz härzlig Dangg!

Bi uns git s nid nur Delegierti,
sondern au **Quartier-Lierti**.
Dääne sait me dängg am Änd,
bi uns do QV-Presidänt.
Vo Amt her draht e kain Bikinis,
weeder **Zappalàs**, no **Vicentinis**.
Nur dien die zwaei ihr Amt verloo,
jä nu, im Lääbe isch s eso.
Wobyy uns, s hälfe kaini Ärzt,
dr Verluscht vom Groosse no meeh schmärzt.
Denn, **Andreas Zappalà** us Rieche,
isch aine vo de gaile Sieche!
Drum wänn mir statt mit Schwyzerfrangge,
em ainte nur mit Rotwywy Dange.

Denn git s no so, am Horizont,
unseri Kämpfer an dr Front.
Wo z tue hänn als bis Zoobe spoot,
bim Schnuure dort im **Groosse Root**.
Künftig goot das wyter ohni
unseri **Martina Bernasconi**.
Und au dr Groosroot **Bochsler Peter**
vermisst kai Stryytte und Gezeter.
Mir hoffe, s duet em künftig glinge,
mee über s Glaibasel z singe.
Und au dr **Moesch, Vorname Chris**
het vom Waahlkampf non e Schmiss.
Und s goot nid z letscht dr Superknaller,
dr ainzigartig **Christoph Haller!**
Wo wytyter wird politisch dängge,
doch sich uff s Coaching muess beschränge.
Ihr alli händ, het me mir brichtet,

für d FDP uff vyyl verzichtet.
Und do derfür, saag ich nur schlangg,
gebührt Euch jetzt e groosse Dangg!

Bi uns, do het, *hat mich gedünkt*,
dr **Vorstand** sich e bitz verjüngt.
Es isch, und s tönt nit überdriibe,
kai Stai do uff em andere bliibe.
Zem Byschbyyl het jetz d **Siehler Sandra**,
Zytt fürs Studium oder Tandra.
Dr **Vojin Rakic**, schyynts ain vo de Beschte,
präsiidiert jetz neu dr Weschte.
Und au d **Nadine Gautschi** het,
politisch z tue e jeedi Wett,
künftig aber eher meeh,
brueflig dort im JSD.
Dr **Patrick Flad**, dr Waahlkampfleiter,
isch neu e Office-Heimarbeitler.
Und au dr **Erny Pätti**,
dä vom Gwärbverband, dr Nätti,
schafft ab jetzt als guete Christ,
wieder meeh als Lobbyischt.
S goot schyynts au, dr Wilhelm Tell
vom Jungfreisinn, der **Titus Hell**.
Oder au dr Prachts-Spartan,
d Reed isch vom **Moesch, em Christian**,
wo als Mensch, vyyl lache höhnisch,
und als Grossroot nur aifach schön isch.
Dr Näggscht, en Art e Jürgen Klopp,
isch unsere guete **Ede Tschopp**,
flyssig, cool und seer integer,
und zuedäm Freysinn-Grossverleeger,
het in Zuekunft bim ne Bierli,
au meh Zytt für d Erle-Dierli.

Jetz duet uns au no ain verloo,
wo miessti in dr Zytig stoo.
Politisch gilt är nimmermied,
als unsere letschte Winkelried.
Gilt modisch nid als Muskelprotz,
im Stiil vom Räuber Hotzenplotz.
No ärmer syg bi unserem Maa,
am Änd nur no sy Coiffeur draa,
doch e Bligg uff ihn erhasch y,
d Reed isch vo däm **Dürr, däm Baschi**.

S fäählt nur no ain,
so heaisst d Synthese,
und dä haisst **Luca Urgese**.
E mänggs Joor hesch Du für uns gschaft,
au Ämtli zue Dir aane grafft,
so dass me merggt, sottscht emool fäähle,
dr Näggschtli söll sich numme quääle.
Doch Du hesch, s tönt e bitzli gschläggt,
d FDP für 10 Joor prägt!

Drum Dir und allne vyyle Dangg,
sait Euch dr Hannes, vo dr Bangg.



Straumann Hipp

Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für
Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen,
Kundenmaurer- und Kundengipsarbeiten,
Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie
bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG | Hardstrasse 92 | 4052 Basel | 061 311 38 60 | info@st-h.ch | straumannhipp.ch

Hörnli-Referendum

Das Projekt des Grossen Rats gehört beerdigt.



Die Regierung und die Gemeinde Riehen haben ein Projekt für die notwendige Sanierung des Vorplatzes beim Friedhof Hörnli erarbeitet und dieses dem Grossen Rat vorgelegt. Aus ideologischen Gründen hat dieser dann das Projekt mutwillig um 48 Parkplätze gestutzt und damit Riehen, die Friedhofsbesucher, die Anlieger und die Familiengärtner vor den Kopf gestossen.

Argumente des Referendumskomitees

Das Referendumskomitee empfiehlt Ihnen aus folgenden Gründen, die Vorlage abzulehnen: Entgegen dem Antrag des Regierungsrates hat der Grosse Rat Beschlüsse gefasst, welche den Zugang zum Hörnli massiv beeinträchtigen werden. Wir sagen Nein zu diesem Projekt!

Nein zur Abschaffung wichtiger Parkierflächen

Die Abschaffung der zwei wichtigen Parkierflächen mit insgesamt 48 Parkplätzen direkt vor dem Friedhof beeinträchtigt den Besuch des grössten Friedhofs der Schweiz und der Abdankungen enorm. Auch die umliegenden Wohngenossenschaften, die Familiengärtner und die Gewerbetreibenden sind darauf angewiesen. Ein Verdrängungskampf ist abzulehnen.

Nein zu Hürden für den Friedhofsbesuch

Gerade ältere, handycapierte oder vom Leid betroffene Friedhofs- und Abdankungsbesucherinnen und -besucher sind auf ein privates Fahrzeug und die Parkiermöglichkeiten angewiesen. Es wäre unhaltbar, wenn ihnen künftig der Friedhofs- und Abdankungsbesuch erschwert oder gar verunmöglicht würde. Auch den vielen Besucherinnen und Besuchern von auswärts wäre die Anreise nur erschwert möglich.

Nein zur Gefährdung des lokalen Gewerbes

Auch das geplante Gewerbehaus sowie Gastronomiebetrieb und der Blumenladen sind auf die Parkplätze angewiesen. Fallen diese weg, verlieren sie an Attraktivität und Besucherstrom.

Nein zum Suchverkehr im Quartier

Mit der Aufhebung der Parkplätze wird der Suchverkehr in den angrenzenden Quartierstrassen und Begegnungszonen zunehmen. Wollen Sie das?

Nein zum Gegeneinander

Der Regierungsrat und die Gemeinde Riehen haben einvernehmlich für die Neugestaltung eine gute Lösung erarbeitet. Leider hat der Grosse Rat diese über den Haufen geworfen und es verpasst, die Gemeinde Riehen anzuhören. Dieses Gegenstatt Miteinander hat eine gute Lösung verhindert.

Wer steht hinter dem Referendum?

In Basel-Stadt stehen neben der FDP die Parteien LDP, Die Mitte, EVP, SVP hinter diesem Referendum. Erfreulicherweise gibt es in Riehen auch «Abtrünnige» aus SP und GLP. Zudem unterstützen die Familiengärtnervereine, die angrenzenden Genossenschaften sowie Organisationen wie Gewerbeverband, ACS, TCS das Referendum. Gemeinsam kann und muss dieses unsinnige Projekt gebodigt werden. Die Vernunft sollte siegen.

Marcel Schweizer, alt Gemeinderat, alt Grossrat, Mitglied des Referendumskomitees



Aberau

Seit rund einem halben Jahr ist die neue Regierung im Amt. Der Welpenschutz ist abgelaufen und es ist somit Zeit für einen er(n)sten Blick auf die Regierenden.

Nicht ganz unerwartet, versucht sich Preesi **Beat Jans** als Leader zu installieren. Das braucht zwar dank der beiden vor ihm dort werkelnden Grünen keinen grossen Effort, aber er schaffte es dennoch, bereits einige Fettnäpfchen zu betreten. So ist er damit aufgefallen, dass er in Sachen Direktor des Historischen Museums nichts macht und dass er wichtige Stellen unausgeschrieben mit seinesgleichen besetzt. Ansonsten glänzt er mit goldenem Velohelm in Filmchen und mit Gendersternchen. Er betreut «woke»-Themen wie Umwelthauptstadt oder Streichung von «Mann» und «Frau». Frage: Stimmt es, dass er sich gerne über den Hag in andere Departemente einmischt, Frau Keller?

Ja, arg geplagt ist Sonntagskind **Esther Keller**. Viel Kritik prasselt auf sie ein, weil sie noch Reste aus Wessels Küche verwerten muss – und das nicht nur mit Fortüne. Beim Hörnli wurde sie von der eigenen GLP-Fraktion mit 5:2 im Stich gelassen und dem Margarethenbaummassaker war sie hilflos ausgeliefert. Aber sie lächelt und duzt so schön.

Tanja Soland hingegen hat es gut, denn sie kann sich mit ihrem Hund hinter hervorragenden Zahlen (trotz Corona-Pandemie) verstecken.

Conradin Cramer ist als Buchautor aufgefallen und hält sich derzeit weit weg vom Geschütz.

Weit weg wäre wohl auch gerne Parteikollegin **Stephanie Eymann**. Sie macht die dürsche Erfahrung, dass man es als Sicherheitsdirektorin nie allen recht machen kann. Mal sind die Linken auf einen sauer, mal die Bürgerlichen, mal alle.

Anders die dritte bürgerliche Regierungsperson: **Lukas Engelberger** kommt dank Covid auch in nationalen Medien vor und spielt jeweils Bundesrat Berset den Ball zu. Dank Impferfolg ist er vorläufig weniger das Ziel von Angriffen als auch schon. Obacht: Das kann sich mit Delta oder irgendwann Epsilon oder gar Omega rassistisch täglich ändern.

Und eine Frage hätte ich noch: Hat eigentlich **Kaspar Sutter** seine Stelle angetreten? Und wenn ja, was macht er den ganzen Tag?

Abschliessen kann ich diese Kolumne natürlich nicht, ohne einen Blick in den Grossen Rat zu werfen, wo derzeit unser **David Jenny** den Flohzirkus zu hüten versucht.

Eigentlich sollten alle Grossrätinnen und Grossräte einen Zuschlag erhalten, denn sie müssen seit Februar die Fürze und Flegeleien des «Herrn» **E. W.** aus B. aushalten. Okay, den Links-Grünen mag ich es gönnen, denn die wollten ja das Wahlgesetz zugunsten der «Kleinen» unbedingt anpassen. Also, geniess das Resultat!

Rathaustrüschliesser

Parkplatzinitiative

Ja zu fairen Parkplatzgebühren.



Das Bild zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit: Nach der Austrasse wurden quasi über Nacht auch an der Allschwilerstrasse entlang der Tramschienen Parkplätze ersatzlos gestrichen. Die Folgen? Suchverkehr im Quartier, Umsatzeinbussen beim Gewerbe. Aber weit und breit kein Quartierparking in Sicht. Das ist Abbau an der Standortqualität – einseitig zulasten der Autofahrenden.

Für eine faire Mobilität – Ja zu erschwinglichen Parkgebühren

Der steigenden Nachfrage nach Niederlassung im Kanton tritt dieser mit der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und der Ausweitung des ÖV-Angebotes entgegen. So weit, so gut. Beim Thema «Auto» tut er sich aber schwer: Parkplätze wurden abgebaut und die Gebühren für Anwohner- und Besucherparkkarten wurden im Jahr 2019 verdoppelt.

Unser Kanton wächst

Der Kanton Basel-Stadt wächst, es entstehen immer mehr Arbeitsplätze und die Bevölkerungszahl stieg in den letzten 10 Jahren um über 10 000 Personen. Während des gleichen Zeitraums wurden aber 4 000 Parkplätze auf der Allmend abgebaut und der Bestand an Personenwagen hat sich auf 62 000 erhöht. Und von den angedachten Quartierparkings ist auch nichts zu sehen.

Unfares Vorgehen

Das Angebot an Parkplätzen massiv abbauen und gleichzeitig die Gebühren verdoppeln, das ist aus unserer Sicht schlicht unfair. Darum kämpft unser Komitee für die Initiative «für erschwingliche Parkgebühren». Die massive Erhöhung der Gebühren soll rückgängig gemacht und das «zu viel» ein-kassierte Geld rückerstattet werden.

Ideologischer Kampf gegen das «Besitzauto»

Der Kanton hat dem «Besitzauto» den Kampf an-ge-sagt. Das Auto soll aus der Stadt verdrängt werden, «Road Pricing» soll eingeführt werden. Im Rahmen der Parkplatzbewirtschaftung wurden per Anfang 2019 die Gebühren massiv erhöht: Besucher müssen neu das Doppelte für eine Besucherparkkarte bezahlen (CHF 20 statt CHF 10). Die Anwohnerparkkarte kostet CHF 284 statt CHF 140. Während bereits weitere Preiserhöhungen diskutiert werden, sollen gemäss Wunsch aus dem links-grünen Umfeld der ÖV gratis werden.

Einseitige Belastung ist unfair

Für das Initiativkomitee ist es nicht akzeptabel, dass der motorisierte Individualverkehr – welcher einen sehr grossen Beitrag an in die Verkehrsinfrastruktur leistet – weiter belastet wird, aber der Beitrag der anderen Verkehrsteilnehmer laufend reduziert wird. Ebenso unfair ist der Umgang mit Pendlern und Besuchern, die aufs Auto angewiesen sind.

«Basel First» greift zu kurz

Der Wirtschaftsstandort Basel kann nur dann erfolgreich bleiben, wenn er für Arbeitende und Besucher attraktiv bleibt. Darum fordert die Initiative, dass die Parkkartentariferhöhung rückgängig gemacht wird. Sagen auch Sie Ja «für eine faire Mobilität – für erschwingliche Parkgebühren».

Daniel Seiler, Mitglied des Initiativkomitees,
Präsident der FDP Kleinbasel



Ehe für alle

Ein starkes Ja.



Das klare Votum des Parteitages für die «Ehe für alle» ist Ausdruck der freisinnigen Grundhaltung. Das Individuum entscheidet selber über seine Lebensgestaltung und seine Partnerwahl.

Der frühere FDP-Grossrat **Rolf Stürm** hat es in seinem Referat (Bild oben) klar formuliert, weshalb wir Ja zur «Ehe für alle» sagen sollten:

Der Staat soll den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Privat- und Familienleben gestalten sollen. Ungleichbehandlungen sollen beseitigt werden.

Die Bundesverfassung muss nicht geändert werden, nur das ZVG wird angepasst.

Es bleibt dabei, die Ehe kann nur von zwei Personen eingegangen werden, also keine Polygamie und keine Kinderehe.

Eine gemeinschaftliche Adoption durch homosexuelle Paare erfolgt nach den gleichen hohen Hürden wie für heterosexuelle Paare.

Die Heterosexualität der Eltern ist keine Garantie für das Wohlergehen der Kinder! Studien belegen, dass Vater&Vater und Mutter&Mutter vollwertige Eltern sein können.

Der Zugang zur Samenspende für Frauenpaare erfolgt gemäss den strengen schweizerischen Vorschriften. Das Recht auf Kenntnis der Abstammung ist dabei gewährleistet.

«Ehe für alle» fördert die Akzeptanz und die elementare Diskriminierung wird endlich beseitigt.

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch

Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67

lergemueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

Parlament

Vor der Sommerpause hat die FDP-Fraktion im Grossen Rat aktiv am parlamentarischen Geschehen teilgenommen und konstruktive Vorschläge vorgestellt.

Reduktion der Sozialhilfekosten dank Personalaufstockung – Vorstoss von Luca Urgese

2019 hat Luca Urgese in seinem Vorstoss darauf hingewiesen, wie und ob solch ein Projekt nach dem Winterthurer Modell auch für den Kanton Basel-Stadt von Vorteil sein könnte. Die Sozialkosten im Kanton Basel-Stadt steigen laufend an. Seit 2010 sind sie um über 200 Mio. Franken gestiegen. Erst im letzten Jahr konnte das jährliche Wachstum gebremst werden.

Bei diesem Pilotprojekt – und das ist wichtig zu betonen – geht es in keinsten Weise darum, dass unterstützungsbedürftige Menschen nicht weiterhin die ihnen zustehende Sozialhilfe erhalten sollen. Auch geht es nicht darum, die Verwaltung unnötig durch weitere Vollzeitstellen weiter aufzublasen.

Im Gegenteil, der Wunsch ist, dass die betroffenen Menschen enger und intensiver darin unterstützt werden, innerhalb einer angemessenen Zeit wieder unabhängig vom Kanton auf eigenen Beinen zu stehen und so Kosten, also Steuergelder, eingespart werden können.

Auch wenn das Winterthurer Modell sich nicht 1:1 auf den Kanton Basel-Stadt übertragen lässt, so konnte hier ein doch sehr interessantes auf baselstädtische Verhältnisse angepasstes Pilotprojekt ausgearbeitet werden.

Da die Projektdauer nun sehr viel länger als in Winterthur ist, befürwortet die FDP, wie von der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rats vorgeschlagen, ein Zwischenbericht an die Kommission nach drei Jahren.

Motion von Luca Urgese betreffend Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg

FDP-Grossrat Luca Urgese reichte eine Motion betreffend Lobbying des Regierungsrates für Verhandlung des Bundesrates mit dem französischen Staat über das anwendbare Arbeitsrecht im Schweizer Sektor des EuroAirports ein.

Der Grosse Rat beauftragt stillschweigend den Regierungsrat, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Für die Firmen am Flughafen und deren Mitarbeitende ist zu hoffen, dass Lösungen gefunden werden.

Klare Unterstützung des Bettelverbots

Die FDP-Fraktion hat im Grossen Rat die Wiedereinführung des Bettelverbotes aktiv unterstützt. Sie sieht darin ein wichtiges Mittel, den sozialen Frieden zu wahren. Dies ist ganz im Sinne des Grossen Rats der Bevölkerung, auch wenn dies einige im links-grünen Lager nicht wahrhaben wollen.

Finanzen

In seinem Votum im Grossen Rat vom 23. Juni 2021 zur guten Jahresrechnung 2020 anerkennt Mark Eichner (FDP Kleinbasel) namens der FDP-Fraktion die Leistung sämtlicher involvierten Stellen und der Mitarbeitenden im Kanton während des schwierigen Pandemiejahres. Es sei erfreulich, dass es trotz Pandemie finanziell ein erfolgreiches Jahr 2020 geworden sei. Hier Auszüge aus seiner ausgezeichneten Rede:

Zu den finanziellen Kennzahlen

Die FDP nimmt die guten Finanzzahlen mit Befriedigung zur Kenntnis. Dank der guten Finanzlage gelang es, den Covid-19-bedingten Mehraufwand von CHF 146 Mio. zu stemmen und trotzdem ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen. Die auffallend hohen Steuereinnahmen sind zum Teil auf Einzeleffekte (Abgrenzungen im Bereich der Quellensteuer, hohes Niveau der Immobilientransaktionen), aber auch auf über die Jahre feststellbare Trends zurückzuführen: So nimmt die Quellensteuer angesichts der vielen gut qualifizierten Ausländerinnen und Ausländer in unserer international ausgerichteten Wirtschaft mit rund CHF 130 Mio. eine immer grössere Bedeutung ein.

Neben den knapp CHF 1,5 Mia. Einkommenssteuern kommen den Vermögenssteuern mit gegen CHF 400 Mio. schon fast strategische Bedeutung zu, finanzieren sie doch zu fast 10% den Betriebsaufwand unseres Kantons. Zum Vergleich: Die Unternehmenssteuern beliefen sich im Berichtsjahr auf knapp CHF 640 Mio.

Fehlende Strategie bezüglich der Steuern

Während der Regierungsrat im Bereich der Unternehmenssteuern durchaus «alert» ist und auf internationale Veränderungen reagiert und den Unternehmen hier attraktive Rahmenbedingungen gewähren möchte, scheint im Bereich der natürlichen Personen jegliche Strategie zu fehlen. Basel-Stadt ist und bleibt für natürliche Personen im Bereich der Einkommenssteuer, v.a. aber auch bei den Vermögenssteuern, unattraktiv (wir sprechen bei den Vermögenssteuern von einem Faktor 7 im Vergleich zu den tiefen Sätzen der Zentralschweiz). Die Tatsache, dass es im Baselbiet zum Teil noch schlimmer ist, wirkt nur wenig beruhigend. Auch die kürzlich publizierte Studie der Handelskammer zeigt, dass der Kanton Basel-Stadt nicht nur über ein immenses Ressourcenpotenzial verfügt, sondern dieses auch noch überdurchschnittlich stark fiskalisch abschöpft.

Potenzial erhalten statt voll abschöpfen

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie mit Homeoffice die Menschen unabhängiger von ihrem Arbeitsort ihre Arbeitsleistung für die Unternehmen erbringen können. Auch wenn wir

uns alle ein Ende der Homeoffice-Pflicht wünschen, wird doch ein Teil dieser Erfahrung hängen bleiben. Und diese grössere «Mobilität» wird auch dazu führen, dass immer mehr gut verdienende Personen nicht mehr darauf angewiesen sein werden, innert Kürze an ihrem Arbeitsplatz zu sein.

Auch wenn offensichtlich ist, dass Basel-Stadt nicht mit den Niedrigsteuergemeinden der Zentralschweiz 1:1 konkurrieren kann und will, wäre es aus Sicht der FDP doch wünschenswert, dass sich der Regierungsrat Gedanken macht und eine Strategie entwickelt, wie er das Ressourcenpotenzial bei den natürlichen Personen halten kann. Das Potenzial zu halten und allenfalls etwas weniger unmittelbar davon abzuschöpfen, wäre klug, und ein Agieren zu einem Zeitpunkt angezeigt, bevor Handlungsdruck durch Steuersenkungen in Nachbarkantonen entsteht.

Massive Aufwertung des Finanzvermögens

Einen weiteren Fokus möchte ich dem ausserordentlich guten Finanzergebnis widmen. Hier hat insbesondere die Neuqualifikation der Grundstücke im Eigentum des Kantons, welche mit langfristigen Baurechten belastet sind und stetige Baurechtszinseinnahmen generieren, zu einer massiven Aufwertung des Finanzvermögens geführt. Aufgrund des niedrigen Zinsumfelds führt also die Kapitalisierung der künftigen Baurechtszinsen (DCF, discounted cash-flow) bei einem tieferen Kapitalisierungssatz zu einer höheren Bewertung der Grundstücke.

Tatsächlicher Schuldenabbau?

Es ist also in erster Linie das – weder vom Regierungsrat noch von uns beeinflussbare – Zinsumfeld, das zu einem Anstieg des Finanzvermögens und damit zu einer Reduktion der Nettoschulden führt. Zumindest irritiert hat die Finanzkommission, wie sie von der Finanzverwaltung und von der Finanzkontrolle unterschiedliche Interpretationen der Rechnungslegungsgrundsätze wahrgenommen hat, insbesondere zur Frage, ob die vorgenommenen Aufwertungen auch ergebnisneutral hätten umgesetzt werden können.

Das negative Zinsumfeld beschert aber nicht nur dem Finanzvermögen einen segensreichen Wertzuwachs, auch die Bewirtschaftung der Schulden des Kantons bringen Einkünfte statt dass sie Zinsen kosten, und die Nationalbank kann ständig die Ausschüttungen erhöhen.

Sich nicht auf jetzige Situation verlassen

Die FDP ist der klaren Ansicht, dass sich der Staatshaushalt nicht auf diese – in der Wirtschaftsgeschichte doch ungewöhnlichen – Umstände einrichten darf. Ein rascher Zinsanstieg (etwa bei einem Entgleiten der Inflation) führt gleichzeitig zu erhöhten Ausgaben bei der Bedienung der Schulden, zu einer Wertberichtigung im Finanz-

Das Präsidentenfest

David Jenny rief – und alle kamen.

vermögen und zu einer Reduktion der Nationalbankausschüttungen. Ein Zinsniveau von 3% (statt Negativzinsen) würde bei einer Bedienung der Schulden des Kantons alleine Ausgaben von rund CHF 100 Mio. für Zinsen bedeuten.

Blick nicht nur auf Nettoschulden richten

Die alleinige Ausrichtung auf die Nettoschulden ist nicht mehr gerechtfertigt. Nun kommt noch hinzu, dass wesentliche Aktiven des Finanzvermögens immer mehr politisch befrachtet werden und nicht einfach verwertet werden können. Davon geht ja aber eigentlich die Definition der Nettoschulden aus. Die neue Immobilienpolitik, welche Kostenmietelement (statt Renditeerzielung) bei den Immobilien im Finanzvermögen beinhaltet, die Investitionen in grössere Areale, die ebenfalls wohnpolitische Elemente beinhaltet, bis hin zur Umsetzung der neuen Bodeninitiative, welche de facto einem weitgehenden Veräusserungsverbot an Grundstücken entspricht. Verstehen Sie mich richtig, ich möchte keineswegs dafür plädieren, das ganze Immobilienvermögen ins Verwaltungsvermögen überzuführen, aber diese vielen Einschränkungen im Finanzvermögen reduzieren die Handlungsmöglichkeiten und rechtfertigen immer weniger, das Finanzvermögen von den Schulden des Kantons abzuziehen, um eine politisch aussagekräftige Verschuldung aufzuzeigen.

Besorgniserregendes Stellenwachstum

Auf der Ausgabenseite liegt beim Berichtsjahr sicherlich ein aussergewöhnliches Jahr vor. Hingegen bleibt der Trend beunruhigend, dass das Zweckgebundene Betriebsergebnis (ZBE) wesentlich schneller steigt als das Wirtschaftswachstum, ebenso wie die Anzahl der Stellen beim Kanton und den verselbständigten Betrieben besorgniserregende Höhen erreicht hat. Hier werden wir bestimmt neue Steuerungsmöglichkeiten diskutieren müssen.

Mit dem vermutlich auch in Zukunft häufig anzuwendenden Homeoffice bei der Verwaltung ist dringend das Raummanagement zu überprüfen. Die rigiden Vorschriften, wer ab welchem Pensum einen fixen Arbeitsplatz zur Verfügung hat, gehören ins 20. Jahrhundert.

Der Kanton Basel-Stadt ist zu Recht stolz auf seine ökologische Vorreiterrolle in vielen Bereichen. Jetzt muss es darum gehen, auch beim eigenen Raumbedarf vorbildlich zu sein und die beanspruchte Fläche für Büros der eigenen Verwaltung herunterzuschrauben.

Die so gewonnenen Flächen sind für attraktive Wohnnutzungen zu verwenden. Die FDP erwartet konkrete Umsetzungsvorschläge in dieser Richtung im Rahmen des nächsten Budgets.

Das vollständige Votum von Grossrat Mark Eichner können Sie unter www.fdp-bs.ch aufrufen.

Fotos Noemi Bertherin



Am Dienstag, 17. August 2021, lud unser Grossratspräsident David Jenny zum pandemiebedingt verspäteten Präsidentenfest ins Werk 8 im Gundeli. Und alle kamen, obwohl das Anmelde- und Eingangsprozedere wegen Corona nicht einfach war. Es klappte alles am maskenlosen Anlass. Die Gäste wurden bestens unterhalten und mit Tranksame und Häppchen verwöhnt.

Alle kamen gerne

Man merkte, dass vielen die persönlichen Treffen gefehlt haben. Deshalb folgten alle gerne der Einladung, um erstens dem Grossratspräsidenten **David Jenny** die gebührende Ehre zu erweisen und sich zweitens parteiübergreifend untereinander auszutauschen, zu tratschen und zu lachen. Namentlich aufzuzählen, wer dabei war, würde den Rahmen dieser Publikation sprengen. Anwesend waren neben persönlichen Freunden, Altpfadis und Familie die Landratspräsidentin und der vorangehende Landratspräsident, die Regierenden von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, die Ständerätin sowie Nationalrätinnen und Nationalräte, einige Landrätinnen und Landräte, Grossrätinnen und Grossräte aus allen Fraktionen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus Riehen und Bettingen, Bürgerrätinnen und Bürgerräte, mehrere alt Regierende und alt Grossratspräsidentinnen und -präsidenten sowie Weggefährten des Präsidenten. Dazu waren auch zahlreiche Exponenten der Gerichte, der FDP Basel-Stadt und der FDP Grossbasel Ost sowie der Anwaltskanzlei Vischer AG und ein paar Medienleute dabei.

Gute Reden und perfekter Gesang

Durch den Abend führte charmant **Isabelle Mati**, Co-Präsidentin der FDP Grossbasel Ost.

Den ersten Auftritt mit Begrüssung hielt **David Jenny** erfreulich kurz. In seiner eigentlichen Rede ging er dann später nicht direkt auf aktuelle politische Fragen ein, sondern schaffte anhand Schillers «Willhelm Tell» gekonnt Bezüge, welche sich auf das Heute übertragen lassen. Diese kluge Literaturlektion wurde gerne genossen.

In einer humorvollen, ironischen Rede kam alt Regierungsrat **Baschi Dürr** auf die politischen und persönlichen Seiten des Geehrten zu sprechen und lobte diesen für seine grosse Kompetenz und Ruhe sowie seinen feinen Humor. Die witzigen Seitenhiebe in alle Richtungen schienen dem gut gelaunten Festpublikum sehr zu gefallen.

Alt Regierungsrat **Ueli Vischer** widmete sich als Vertreter der Anwälte und Notare der Vischer AG den spezifischen Fähigkeiten und Eigenheiten des Geehrten. Er hob in seiner Rede unter anderem Jennys breites juristisches Wissen sowie seine beeindruckenden Detailkenntnisse heraus, die ihn innerhalb der Kanzlei unentbehrlich machen.

Musikalisch aufs Beste wurden die Anwesenden durch die hervorragliche A-Gruppe **Cantuccini** unterhalten. Die Eingeladenen hörten jeweils artig zu und spendeten grossen Applaus.

Nach und nach zogen die Leute zufrieden nach Hause, denn endlich durften sie wieder einmal einen Anlass mit Leuten ohne Maske geniessen.

Sektionen

Was läuft?

FDP Riehen-Bettingen

Neuer Vorstand an GV bestätigt

An der GV vom 18. Juni 2021 der FDP Riehen-Bettingen, die zum Glück persönlich stattfinden konnte, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Dessen wichtigstes Ziel ist es, die kommenden Gemeinderats- und Einwohnerratswahlen erfolgreich zu gestalten.

Der neugewählte Vorstand setzt sich zusammen aus den Bisherigen **Carol Baltermia** (Präsident) und **Stephan Villiger** (Kassier) sowie den neu gewählten Mitgliedern **Pascale Alioth** (Schreiberin), **Barbara Näf** (Beisitzerin), **Zerina Rahmen** (Vizepräsidentin), **Bernhard Regli** (Beisitzer) und **Dominik Tschudi** (Beisitzer). Der Vorstand konnte **Christine Locher** und **Bruno Mazzotti** dafür gewinnen, dass sie mit ihrer grossen Erfahrung und ihrem politischen Wissen beratend zur Seite stehen. Zudem wird sich **Daniel Schoop** als Vertreter von Bettingen im Vorstand einbringen. Aus dem Vorstand traten **Sarah Cruz-Wenger**, **Michelle Borner** und **Denise Gilli** zurück. Präsident Carol Baltermia hat effizient durch die GV geführt, was ihm die Mitglieder angesichts der beinahe tropischen Temperaturen gedankt haben. Als Gäste waren der neugewählte Präsident der FDP Basel-Stadt, **Johannes Barth**, sowie alt-Präsident **Luca Urgese** anwesend. Ersterer hat sich mit einer motivierenden Rede an die Mitglieder der FDP Riehen-Bettingen gewandt.

Anschliessend wurde im Restaurants Piazza Corona-konform zu Abend gegessen. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit, sich mit dem neuen Vorstand und den Gästen auszutauschen.

Carol Baltermia, Präsident FDP Riehen



Vl.: Zerina Rahmen (Vize), Carol Baltermia (Präsident), Barbara Näf (Beisitzerin), Pascale Alioth (Schreiberin), Bruno Mazzotti (Beirat), Christine Locher (Beirätin), Bernhard Regli (Beisitzer). Es fehlen: Dominik Tschudi (Beisitzer), Stephan Villiger (Kassier).

FDP Kleinbasel

Generalversammlung wählt Neue in Vorstand

Die diesjährige Generalversammlung fand am 7. Juni unter den Arkaden des Bürgerliches Waisenhaus statt. Unsere Bürgerrätin **Fabienne Beyerle**, Departementsvorsteherin des Waisenhauses, begrüsst uns und führte uns auf einem spannenden Rundgang durch die historischen Gebäude.

Während des offiziellen Teils wurden der bisherige Vorstand bestätigt und neu **Chris Hess**, **Urs-Ulrich Katzenstein** und **Chris Leduc** in den Vorstand gewählt. Anschliessend konnten wir nach langer Zeit wieder einmal persönlich anstossen. Dazu genossen wir die durch **Däni Allemann** grosszügigerweise spendierten Pizzas. Vielen Dank!

Traditioneller Grill in der Klaus

Am 23. August fand der traditionelle Sommerschluss der FDP Kleinbasel mit Grill in der Klaus des Wasserfahrvereins Rhein-Club Basel statt. Wie immer wurden wir mit viel Liebe durch die Klausenwirtin **Conny Bläsi** verwöhnt.



Vorankündigung: Anlass FDP mit Rhystadt

Am 28. Oktober 2021 besucht die FDP die Rhystadt. Wir treffen uns um 18.30 Uhr zu einem geführten Rundgang durch das Klybeck-Areal. **Christian Mutschler**, CEO der Rhystadt AG, präsentiert uns die Ideen und Konzepte für das Areal. Anschliessend haben wir beim Apéro die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Einladung für den Anlass folgt.

Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel



FDP Grossbasel West

GV genehmigt neue Statuten und wählt Vorstand

Anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung, welche wir am 17. Juni 2021 im Smilla Café abhalten konnten, wurde der neue Vorstand gewählt und die neuen Statuten der FDP Grossbasel-West wurden verabschiedet.

Den neuen Vorstand bilden **Karin Sartorius** und **Luca Urgese** als Ex-officio-Mitglieder (Mitglieder des Grossen Rates), **Stefan Inderbinnen**, **Ivo Dändliker**, sowie als Co-Präsidenten **Baykan Oezmen** und **Vojin Rakic**. Aufgrund der geltenden Regeln des Bundes im Kampf gegen das Coronavirus mussten wir leider im Vorfeld der Mitgliederversammlung auf einen sozialen Anlass verzichten.

Neuer Stammtisch im Milchhüsli

In Zukunft möchten wir in Grossbasel-West aktiver werden und damit die Wahrnehmung in den Quartieren steigern. Dazu gehört auch der Stammtisch, welcher jeweils am **ersten Dienstag des Monats im Restaurant Milchhüsli Cafe Bar**, Missionsstrasse 61, Basel, **ab 17 Uhr** stattfindet. Alle sind herzlich willkommen zum ungezwungenen Gedankenaustausch.

Der alljährliche Familienanlass **Grill am Rhy** fand bereits am 31. August 2021 nach Redaktionsschluss dieses *Basler Freisinn* statt. Weitere Anlässe sind bereits in der Planung und wir werden Sie rechtzeitig darüber orientieren.

Vojin Rakic, Co-Präsident FDP Grossbasel West

FDP Frauen

Generalversammlung im Teufelhof

Die FDP Frauen Basel-Stadt haben am 24. August 2021 ihre Generalversammlung im Restaurant Teufelhof abgehalten. Zum Glück ohne Masken.

Neuen Vorstand gewählt

Nachdem der bestehende Vorstand seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neu werden die FDP Frauen Basel-Stadt von **Tamara Alu** als Präsidentin und den vier Beisitzerinnen **Ines Brunner**, **Denise Gilli**, **Elisabeth Näf** und **Elisabeth Spreng Troller** vertreten. Die FDP Frauen wollen sich unter dem neuen Vorstand weiterhin für die Anliegen der liberalen Frauen in Basel einsetzen und freuen sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand der FDP Basel-Stadt.

Nadine Gautschi, alt Präsidentin FDP Frauen BS

Inserieren Sie im Basler Freisinn!

Mit einem Inserat im Basler Freisinn unterstützen Sie die FDP und gewinnen Kunden. Edwin Tschopp weiss mehr: 079 676 51 01.

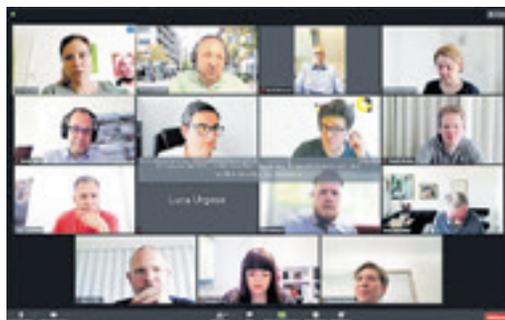
FDP Grossbasel Ost

Mitgliederzuwachs

Trotz grosser Ernüchterung bei den Wahlen 2020 kann sich der Osten über einige Neumitglieder im laufenden Jahr freuen. Ich durfte einige davon persönlich kennenlernen und für eine Arbeit im Vorstand begeistern.

Generalversammlung

An unserer diesjährigen Mitgliederversammlung vom 10. Juni mussten wir vier teilweise langjährige und engagierte Vorstandsmitglieder verabschieden: **Nadine Gautschi, Dominique Martin, Daniel Brunner** und **Fabrice Lanz**. Aber wir konnten auch drei topmotivierte neue Vorstandsmitglieder präsentieren: **Michael Maurer, Rafael Zeugin, Tamar Alu**. Die neuen Vorstandsmitglieder wurden alle einstimmig von den Mitgliedern gewählt.



Hoffentlich für lange Zeit das letzte Mal eine Generalversammlung per Zoom.

Akzente in den Quartieren setzen

Im Vorstand wollen wir uns nun vermehrt unseren verschiedenen Quartieren (Bruderholz, Gundeli, St. Alban, Gellert, Breite-Lehenmatt sowie Innerstadt) widmen und schauen, wo wir Akzente setzen und Lösungen zugunsten der Bevölkerung vorschlagen können. Dabei zählen wir auch auf Hinweise aus Mitgliederkreisen. Wir vom Vorstand sind dankbar für Ihre Informationen und Anregungen. Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Vorankündigung für Anlass vom 23. September

Nicht nur die Wahlen waren ernüchternd, auch die Zeit mit Corona schlägt vielen mittlerweile aufs Gemüt. Deshalb haben wir uns im Osten überlegt, dass wir unseren Mitgliedern eine kleine Freude bereiten wollen. Was wäre da nicht besser geeignet als ein **Apéro riche** an einem tollen Ort und hoffentlich ganz unbekümmert? Dieser Anlass wird am **Donnerstag, 23. September 2021, bei der Jobfactory** im Dreispitzareal stattfinden, wo wir eine kleine Führung geniessen dürfen und danach im haus-eigenen Restaurant umsorgt werden. Wir freuen uns auf diesen Anlass und hoffen, viele unserer Mitglieder dort begrüssen zu dürfen.

Isabelle Mati, Co-Präsidentin FDP Grossbasel Ost

Jungfreisinnige

Renteninitiative der Jungfreisinnigen mit 145 000 Unterschriften eingereicht

Am Freitag, 16. Juli 2021, haben Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz die Renteninitiative eingereicht. Insgesamt haben wir in der ganzen Schweiz über 145000 Unterschriften gesammelt. Die Initiative verlangt, das Rentenalter in der Schweiz schrittweise von 65 auf 66 Jahre zu erhöhen und danach an die Lebenserwartung zu koppeln.

Basler Jungfreisinnige waren aktiv

Wie die Fotos zeigen, war wir Jungfreisinnigen Basel-Stadt bei dieser Unterschriftensammlung sehr aktiv. Im intern geführten Ranking belegten wir am Schluss Platz 4 mit mehr als 117% der zu erfüllenden Quote. Ich bedanke mich herzlich bei unseren Mitgliedern sowie allen Personen, welche uns unterstützt haben. Merci!



Ja zur «Ehe für alle»

Es steht eine spannende Kampagne zur Abstimmung über die «Ehe für alle» an. Als liberalste Partei in Basel ist es für uns unbestritten, dass gleichgeschlechtliche Paare dieselben Rechte haben wie heterosexuelle Paare. Der Staat hat niemandem vorzuschreiben, wie jemand sein Liebesleben zu führen hat. Dafür werden wir in den nächsten Wochen kämpfen. Wir haben diverse Aktionen geplant und hoffen selbstverständlich auf einen erfolgreichen Abstimmungssonntag am 26. September.

Neuer Internetauftritt unter www.jfbs.ch

Zu guter Letzt haben wir Jungfreisinnigen Basel-Stadt eine neue Internetseite www.jfbs.ch. Klicken Sie sich durch die Beiträge und erfahren Sie, was alles bei uns läuft.

Dominik Scherrer, Präsident JFBS

Parolen

Wir empfehlen Ihnen diese Parolen für die Abstimmungen vom 26. September 2021:

Eidgenössische Vorlagen

99-Prozent-Initiative: Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» **NEIN**

Referendum «Ehe für alle»: Änderung des Zivilgesetzbuches **JA**

Kantonale Vorlagen

Referendum Hörnliallee: Grossratsbeschluss betreffend Ausgabenbewilligung für die «Sanierung und Umgestaltung» der Hörnliallee in Riehen **NEIN**

Parkgebühren: Kantonale Volksinitiative «für erschwingliche Parkgebühren» **JA**

Agenda

Montag, 25. Oktober 2021 4. Parteitag 2021

Dienstag, 28. Oktober 2021, 18.30 Uhr

Führung durch das **Klybeckareal**, Christian Mutschler, CEO Rhystadt AG, Organisation FDP Kleinbasel

Umzug

Seit 1. September 2021 ist das Parteisekretariat der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt nicht mehr am Picasso-platz, sondern ein Haus weiter an der **Dufourstrasse 25, 4052 Basel**.

Wir haben auch eine **neue Telefonnummer**. Sie erreichen uns neu via Handy, die Festnetznummer wird abgeschaltet.

Unsere neue Telefonnummer lautet: **079 937 39 94**

Thema?

Haben Sie Anregungen, Tipps, Ideen, Wünsche?

Haben Sie ein Thema, ein Anliegen, das Sie gerne durch den Vorstand behandelt hätten? Wir sind offen für jede Meldung. Einfach Mail an: info@fdp-bs.ch.

Es herrscht Handlungsbedarf

Enkeltaugliche Lösungen für Altersvorsorge und Gesundheit

Im Nachgang zur grossangelegten Mitgliederbefragung hat die FDP Ziele und Forderungen für die Themenbereiche Altersvorsorge & Gesundheit erarbeitet. Die Positionen zeigen auf, was es braucht, damit künftige Generationen von gesicherten Renten und einem leistungsfähigen Gesundheitswesen profitieren können.

Die Themen Altersvorsorge und Gesundheit nehmen in Sorgenbarometern der Schweizerinnen und Schweizer regelmässig Spitzenplätze ein. Auch die Mitgliederbefragung, die die FDP im letzten Jahr durchführte, befasste sich mit diesen Themenbereichen. Die zahlreichen Inputs wurden aufgenommen und in Arbeitsgruppen diskutiert. Als erstes Resultat veröffentlichte die FDP diesen Sommer eine Broschüre mit Zielen und Forderungen. Damit zeigen wir auf, wie auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von gesicherten Sozialwerken und einem hochwertigen Gesundheitswesen profitieren können. Das Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge ist weltweit einzigartig und eine grosse Errungenschaft der Schweiz. Allerdings hat die Altersvorsorge unbestritten Reformbedarf.



Ziele der FDP

- › Flexibles Vorsorgesystem: Starre Systeme gehören der Vergangenheit an.
- › Die Nachhaltigkeit der Finanzierung muss im Zentrum stehen. Bei der Anlagepolitik in der Altersvorsorge werden auch ökologische Nachhaltigkeitsaspekte beachtet.
- › Schrittweise Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge. Für Junge soll dies ab Eintritt stattfinden.
- › Ausgewogenheit: Die Arbeit darf nicht übermässig verteuert werden. Es braucht ausgewogene Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Soziale Nachhaltigkeit erfordert insbesondere auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Mittelfristige Forderungen

- › Erhöhung des Rentenalters auf 66 und schrittweise Anpassung an die Lebenserwartung. Es wird auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten in der 1. und 2. Säule Rücksicht genommen.
- › BVG: Liechtensteiner Modell als möglicher Weg, mit keinem politisch beeinflussbaren Mindestumwandlungssatz oder Mindestzins, dafür einem Auftrag an die Vorsorgeeinrichtungen, prioritär für die Erreichung des verfassungsmässigen Ziels zu sorgen. Die Politik legt das Ziel fest, die Sozialpartner sind für die Umsetzung verantwortlich.
- › Freie Wahl der Pensionskasse, unter Einbezug des Arbeitgebers. Der Versicherte darf verstärkt – nämlich nicht nur über die Stiftungsräte seiner Pensionskasse, sondern auch als Einzelperson – bei der Anlagepolitik mitreden. Er ist zum Sparen gezwungen und sollte somit auch mitentscheiden können.
- › Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen.
- › Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmenden nicht zu untergraben. Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG und AHV.
- › Keine neuen Umverteilungsinstrumente zulasten der Jungen.
- › Neue Wege für die 3. Säule: Im Zentrum sollen dabei nicht nur Steuervorteile stehen.

Langfristige Forderung

- › Einführung einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge, als Antwort auf die Sorgen der Frauen bzgl. Absicherung und als Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Das Rentensystem muss sich an der Geschlechtergleichheit und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen ausrichten. Die Gesundheitsversorgung ist in der Schweiz von sehr hoher Qualität. Das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt. Es ist die Aufgabe unserer Generation, dafür zu sorgen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von denselben – im internationalen Vergleich führenden – Qualitätsstandards im Gesundheitswesen profitieren können. Ziele der FDP
- › Weg von der Kostenperspektive hin zu einer Preis-Leistungs-Diskussion. Dazu braucht es den Erhalt der Wahlfreiheiten bzgl. Leistungserbringer und Versicherer sowie mehr nutzenorientierten Wettbewerb dank mehr Qualitätstransparenz.
- › Bekämpfung der Nationalisierungstendenzen im Gesundheitswesen. Das föderale System im Gesundheitswesen wird unterstützt und gestärkt. Die bei der Einführung des KVG 1996 vorgesehenen Wettbewerbs Elemente müssen beibehalten bzw. wiederhergestellt werden.
- › Verstärkung der überregionalen Zusammenarbeit von Spitälern. Zentralisierung nur dort, wo dadurch die Qualität verbessert werden kann. Überangebote werden abgebaut.
- › Förderung der individuellen Verantwortung für Gesundheit und Gesundheitsvorsorge.

Mittelfristige Forderungen

- › Die den Tarifpartnern gewährte Freiheit muss erhalten bleiben, um Innovationen zu fördern. Keine Stärkung der Macht der Verwaltung. Anstatt die ambulante und stationäre medizinische Versorgung immer detaillierter zu planen, soll sich der Staat auf Massnahmen beschränken, welche die Versorgungssicherheit dort gewährleistet, wo der regulierte Wettbewerb gemäss KVG diese nicht sicherstellt.
- › Stärkung der Transparenz: Der Arzt muss über die Kosten informieren. Es braucht verlässliche Qualitätsindikatoren für die Leistungen.
- › Spitalplanung überdenken und Synergien zwischen öffentlichem und privatem Sektor besser nutzen. Die kantonale Logik verlassen, um auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wettbewerb zwischen Spitälern auf Basis einheitlicher Qualitätskriterien, deren effektive Einhaltung kontrolliert wird. Eine Strukturhaltung über kantonale Subventionen («gemeinwirtschaftliche Leistungen») wird vehement bekämpft. Die Zuständigkeiten werden geklärt und die Sicherstellung der Versorgung erfolgt zunehmend von den Kantonsgrenzen losgelöst.
- › Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Der Bund legt die Rahmenbedingungen für eine sichere und einheitliche Dateninfrastruktur fest, definiert technische Standards und Transparenzanforderungen und garantiert Akteuren den Zugang und der Bevölkerung die Hoheit über ihre Daten. Gesundheitsdaten werden für Qualitätsverbesserungen genutzt und entsprechend erhoben. Das Thema Cyber Security im Gesundheitswesen wird sorgfältig angepackt.
- › 3.-Säule-Gelder können privilegiert für das individuelle Sparen für die Pflege im Alter verwendet werden.
- › Weg vom Numerus clausus: Die Zulassung zur medizinischen Ausbildung junger Menschen in der Schweiz wird neu geregelt.

Langfristige Forderungen

- › Verlassen des derzeitigen Systems, das zu sehr auf «Silodenken» ausgerichtet ist, und den Patienten/die Patientin wieder in den Mittelpunkt stellen. Ob eine Leistung von einem/r Arzt/Ärztin, Apotheker/in oder einer Pflegefachkraft erbracht wird, sollte nicht mehr die zentrale Frage sein. Die Qualität der Dienstleistungen bleibt kontrolliert und garantiert.
- › Einführung eines ergebnisbasierten Vergütungssystems. Dabei muss die Wirtschaftlichkeit der Vergütung bewiesen und gesteigert werden.



«Unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an.»

Andri Silberschmidt
Nationalrat

Nachgefragt bei Nationalrat Andri Silberschmidt

Wie gelang es, die Antworten aus der Mitgliederbefragung in griffige Forderungen und Ziele zu verpacken? Die Antworten zur Altersvorsorge waren relativ klar, weshalb es ein Einfaches war, daraus konkrete Forderungen abzuleiten. Etwas intensivere Diskussionen erforderten die Antworten zur Gesundheit: Es gab keine klaren Mehrheiten für oder gegen gewisse Reformen, was es erschwerte, konkrete Ziele zu formulieren. Der Arbeitsgruppe war es aber wichtig, die Altersvorsorge nachhaltig zu finanzieren und die Qualität unseres Gesundheitswesens zu erhalten. Am Ende gelang es uns, jeweils acht Forderungen zu formulieren, welche sowohl die Altersvorsorge als auch das Gesundheitswesen enkeltauglich machen sollen.

Reformen in der Altersvorsorge sind kaum umsetzbar. Wie können die Forderungen und Ziele der FDP einen Beitrag leisten? Anders als die linken Enteignungsträume – erst kürzlich meinte Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber in einem Streitgespräch mit mir, sie wolle das BVG in die AHV überführen – präsentiert die FDP realistische Reformvorschläge, welche unsere Altersvorsorge nachhaltig

sichern. Denn unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an und die systemfremde Umverteilung im BVG geht weiter.

Im Gesundheitswesen schmerzen insbesondere die Prämienkosten. Wie können die Forderungen der FDP diesem Problem entgegenwirken? Zentral ist die konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens diesbezüglich ist die Schweiz heute ein Entwicklungsland. Mit einer flächendeckenden und einheitlichen Dateninfrastruktur sollen sich die einzelnen Leistungserbringer digital vernetzen können, was die Effizienz steigern und die Kosten bei besserer Qualität senken soll.

Die Broschüre «Altersvorsorge & Gesundheit» bietet eine gute Übersicht über die FDP-Positionen. Wie können diese nun im Parlament umgesetzt werden?

Die Broschüre ist ein klarer Auftrag und enthält konkrete Forderungen, die nun durch uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier ins Parlament getragen werden müssen. Dort gilt es, breit abgestützte Vorstösse zu lancieren, Mehrheiten zu bilden und so das Ziel einer nachhaltig finanzierten Altersvorsorge sowie eines patientenorientierten Gesundheitssystems zu erreichen.

FDP-Präsidentin Petra Gössi spricht an der DV in Martigny zu den Delegierten.



«Persönliche Begegnungen waren mir am liebsten»

Petra Gössi blickt zurück

Am 2. Oktober wählen die Delegierten die Nachfolge von Parteipräsidentin Petra Gössi. Im Interview spricht sie über die Freuden und Entbehrungen des Amtes und weshalb die freisinnige Debattenkultur positiv ist.

Im April 2016 wurdest du zur FDP-Präsidentin gewählt. Mit welchen Erwartungen und Zielen hast du das Amt angetreten? Ich wollte gestalten und gemeinsam mit den Mitgliedern unsere Ziele erreichen. Wichtig war mir auch der rege Austausch mit der Basis, wobei ich viele Rückmeldungen erhielt. Wir konnten zweimal die Meinung der Basis in Befragungen abholen, was mir ein grosses Anliegen war. Ich wünsche mir auch, dass dieser Austausch weiter besteht. Meines Erachtens diskutieren wir wieder intensiver über Themen. Es

gab lebendige Delegiertenversammlungen mit Anträgen und Debatten. Das zeigte sich auch in der Umweltpolitik. Die Partei lebt von solchen Diskussionen.

Was konntest du nicht wie gewünscht umsetzen? Eine tragfähige Reform der Altersvorsorge liess sich bis jetzt leider nicht umsetzen. Aus meiner Sicht ist die Altersvorsorge eines der dringendsten Themen und ich freue mich, dass mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und den Bestre-

bungen im Parlament die Thematik an Gewicht gewinnt. Ebenfalls etwas zu kurz gekommen, ist ein umfassendes Sicherheitspapier, auch im Hinblick auf die neuen Kampfflugzeuge. In diesen Fragen muss die FDP ihre Position wieder kerniger markieren.

Welche Aspekte des Amtes haben dich überrascht? Theoretisch weiss man um die zeitliche Beanspruchung, man spürt sie aber erst, wenn man mittendrin steckt. Die ständige Verfügbarkeit für die Medien nimmt viel Zeit in Anspruch. Diese Erfahrungen waren nicht überraschend, aber dennoch intensiv. Positiv überrascht hat mich die Energie, die man im Austausch mit den Leuten erhält. Die unzähligen Begegnungen fand ich super.

Durch Corona fielen diese weitgehend weg, was sehr schade war. Digitale Sitzungen funktionieren für Informationsvermittlung, aber nicht, um etwas voranzutreiben.

Was hat dich bei den vielen persönlichen Begegnungen besonders geprägt? Die Vielfalt der Schweiz zu erleben, war sehr bereichernd. Die vielen Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten. Ich habe festgestellt, dass alle Schweizerinnen und Schweizer extrem stolz auf ihren Herkunftsort sind, sei es im Jura, im Tessin oder in Appenzell-Ausserrhoden. Auch die vielen Bräuche, die ich kennenlernen durfte, waren spannend. All diese Treffen und Begegnung waren meine liebsten Aufgaben. Ich bedaure einzig, dass ich immer noch nie an einer Landsgemeinde war.

Das Amt als Parteipräsidentin ist hochintensiv, gleichzeitig gibt es für dich ein berufliches und privates Leben neben der Politik. Wie hat dieser Spagat funktioniert? Das ist eine reine Organisationsfrage. Aber man muss sich bewusst sein, dass wir in einem Milizsystem leben. Mir war es wichtig, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht mit der Politik verdiene und meine Unabhängigkeit bewahre. Deshalb ist jetzt nach 5,5 Jahren die Zeit gekommen, das Amt weiterzugeben und mich neu auszurichten. Grundsätzlich ist es aber kein Spagat, wenn man die Dinge gerne tut und sich bewusst dafür entscheidet.

Du hast in den letzten fünf Jahren unzählige Sektionen besucht. Was für eine FDP hast du kennen gelernt? Unsere Parteimitglieder brennen für liberale Ideen und bringen sich gerne ein. Sie wollen abgeholt werden und mitreden. Das war überall deutlich zu spüren. Freisinnige übernehmen Verantwortung, erwarten dies aber auch von anderen. Bei vielen Anlässen fand ein spannender Austausch über Ideen und Visionen, aber auch Alltägliches statt.

Die FDP verfügt über eine ausgeprägte Diskussionskultur. Wie kann diese positiv genutzt werden? Die Medien berichten gerne über parteiinterne Uneinigheiten. Dies wäre nicht mehr möglich, wenn wir uns auf gemeinsame Regeln verständigen. Konkret, dass Mehrheitsentscheide akzeptiert werden. Im Vorfeld sollen und müssen Debatten stattfinden, das ist keinesfalls eine Schwäche. Ist ein Entscheid aber gefällt, soll er von allen respektiert werden. Schliesslich sind jeweils alle unsere Gremien in die Entscheidungsfindung involviert. Wichtig ist auch, dass unsere Exponenten Entscheide bis auf Stufe Ortsparteien hineinragen und unsere Argumente aufzeigen. Dies müssen wir noch verbessern.



Ist es für die FDP besonders herausfordernd die eigenen Positionen zu verkaufen? Wir vertreten keine Maximalforderungen und versuchen oft, Brücken zu schlagen. Das ist in der Öffentlichkeit schwieriger zu portieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin auf unsere Kommunikationskanäle setzen, damit unsere Standpunkte bis zu allen Mitgliedern durchdringen. Diese Fähigkeit konnten wir in den letzten Jahren bereits stärken, sie lässt sich aber noch ausbauen.

Der Rücktrittsentscheid wurde insbesondere von zahlreichen Frauen bedauert. Hat dich das überrascht? So deutlich habe ich das nicht wahrgenommen. Aber es überrascht mich nicht, weil wir mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter und mir zwei bekannte Aushängeschilder haben. Frauen brauchen oft Vorbilder und fürchten vielleicht, dass in der FDP nun eine Vorbildfunktion wegfällt. Die FDP ist punkto Frauen aber gut aufgestellt. Wir haben mit Karin Keller-Sutter eine hervorragende Bundesrätin und mit Fanny Noghero eine Generalsekretärin. Das stärkste Signal ist jedoch, wenn Frauen selbstverständlich in Führungspositionen sind. Dann bringen wir auch vermehrt Frauen auf unsere Listen und in Gremien.

Was bedeutet ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin für die Positionen der FDP? Es ist klar, dass meine Nachfolge eine eigene Persönlichkeit mitbringt. Bezüglich der inhaltlichen Positionierung ist es nicht der Präsident oder die Präsidentin, die bestimmen, sondern die Delegierten. Diese

ändern nicht und haben die bisherigen Positionen gestützt. Ansonsten wären entsprechende Anträge bereits gekommen. Mir ist wichtig, dass das breite Themenspektrum der FDP bestehen bleibt. Unsere bewährten Kernkompetenzen zu pflegen, heisst nicht, andere Themen zu vernachlässigen.

Was wirst du vermissen? An vorderster Front mitgestalten und der ständige Kontakt mit unseren Mitgliedern.

Was nicht? Die ständige Verfügbarkeit für die Medien. Ich freue mich auf entspannte Wochenenden, an denen ich nicht erreichbar bin.

Am 2. Oktober wird deine Nachfolgerin oder dein Nachfolger gewählt. Welchen Rat gibst du ihr oder ihm? Authentisch und sich selbst bleiben. Sich mit Feuer für die Partei einsetzen und für eigene Überzeugungen kämpfen. Und natürlich eine dicke Haut haben, wenn die Medien Kritik üben. Wichtig ist auch, sich mit einem guten Team zu umgeben.

Was möchtest du der FDP-Familie zum Abschied auf den Weg geben? Jetzt haben wir noch zwei Jahre, um mit vollem Einsatz zu kämpfen. Dann können wir an den eidgenössischen Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen. Wir haben es selbst in der Hand und können unsere Zukunft gestalten.

Interview: Marco Wölfli

Der Freisinn vom September 2001 atmet Zeitgeschichte.



Vor 20 Jahren waren Farbfotos noch deutlich weniger verbreitet.

20 Jahre Zeitreise

Der Freisinn im September 2001

Der Freisinn, der vor 20 Jahren erschien, befasste sich mit Steuerthemen, dem UNO-Beitritt und Basel. Ein Blick ins Archiv offenbart, was die Schweiz und die FDP damals bewegte.

Noch bevor islamistische Terroristen am 11. September 2001 die USA angriffen und die Welt erschütterten, erschien die September-Ausgabe des Schweizer Freisinns. Die Aufmacherstory war ein Text des damaligen Zürcher Nationalrats Rolf Hegetschweiler über die Grundstückgewinnsteuer. Mit präzisen Argumenten sezitiert er die Unsinnigkeit dieser Steuer und fordert deren Abschaffung. 20 Jahre später stellen wir fest, dass Hegetschweilers Bemühungen nicht gefruchtet haben. Die Grundstückgewinnsteuer ist auch heute noch in allen Kantonen in Kraft. Bedingte Ausnahme ist der Kanton Genf, wo die Grundstückgewinnsteuer entfällt, wenn zwischen Kauf und Verkauf eines Grundstücks 25 Jahre liegen. Erfolgreicher war das Engagement der FDP gegen die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer». Der Freisinn blickte auf die DV in Herisau zurück, an der die Nein-Parole gefasst wurde. Die Abstimmung im Dezember 2001 wurde schliesslich mit 67% Nein-Stimmen klar gewonnen.

UNO und Basel-Stadt

Der Blick in den Freisinn vom September 2001 zeigt auch, was die Schweizer Politik damals bewegte. So zum Beispiel die Frage des UNO-Beitritts der Schweiz. Im Freisinn erläuterte der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer, weshalb ein UNO-Beitritt der Schweiz die Neutralität nicht verletzen würden. Auch in dieser Frage folgte die Schweizer Bevölkerung ein halbes Jahr später der Position der FDP und sagte Ja zum UNO-Beitritt der Schweiz.

Ein grosses Thema war auch Basel-Stadt und zwar gleich zweimal. Zum einen feierte Basel-Stadt im 2001 500-jährige Mitgliedschaft in der Eidgenossenschaft. Dazu verfasste der Basler Freisinnige Markus Grolimund eine Rückschau und erklärte, weshalb sich die neue Verfassung des Stadtkantons verspätet. Aus Sicht der Basler FDP noch fast wichtiger, war der «Beitritt» zum Schweizer Freisinn. Die Kantonalpartei entschied sich demnach aus ökonomischen und ökologischen

Gründen dafür, auf den Schweizer Freisinn zu setzen. Auch 20 Jahre später erscheint der Basler Freisinn immer noch mit einem kantonalen Teil und Inhalten aus dem Schweizer Freisinn. Wer durch den Freisinn aus dem September 2001 blättert, erkennt direkte Linien von damaligen politischen Diskussionen zu heute, wie beispielsweise der Mutterschaftsurlaub zu den aktuellen Elternzeit-Forderungen. Daneben gibt es auch Themen, die nahezu unverändert immer noch aktuell sind, sei es in der Schweizer Politlandschaft oder innerhalb der FDP.

Marco Wölfli

Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und lesen Sie die ganze Freisinn-Ausgabe vom September 2001.





Die Herbstsession findet vom 13. September bis zum 1. Oktober statt.

Gewichtige Entscheide im Dauertakt

Vorschau auf die Herbstsession

Die Fülle an gewichtigen Geschäften in der Herbstsession zeigt den enormen Handlungsbedarf in diversen politischen Brennpunkten von der Vorsorge über die Klimapolitik bis zu diversen zentralen Entscheiden, die für den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung sind. Die FDP-Liberale-Fraktion wird auch in dieser Session an vorderster Front dafür kämpfen, dass diese wichtigen Reformen zum Erfolg geführt werden.

Nach der ersten Beratungsrunde der AHV21 in beiden Räten, geht es nun in dieser Session an die dringliche Differenzbereinigung; denn die Zeit drängt. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung für die Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Frauenrentenalters einigen: Sie sollen vor allem Frauen mit tiefsten Einkommen zugute kommen, die finanziellen Verbesserungen der AHV-Umlagerechnung aber auch nicht gleich wieder zunichte machen.

Konstruktive Europapolitik

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen hat sich die europapolitische Ausgangslage für die Schweiz markant verändert. Um

für die Zukunft der bilateralen Beziehungen mit der EU eine positive Grundlage zu schaffen, will der Bundesrat rasch die Deblockierung des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags (jährlich ca. 120 Mio. (nicht trennen) Franken, über zehn Jahre) an Projekte in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten vorantreiben. Darum soll in der Herbstsession die Vorlage im dringlichen Verfahren behandelt werden. Die FDP befürwortet diesen Ansatz. Die Freigabe ist die logische Weiterführung der von BR Cassis eingeleiteten, proaktiven Massnahmen, um den Beziehungen mit der EU neue, konstruktive Impulse zu geben.

Klimaschutz fortführen

Wie beim Rahmenabkommen steht die Schweiz

auch bei der Klimapolitik vor einer neuen Ausgangslage, nachdem die Volksabstimmung zum neuen CO₂-Gesetz abgelehnt wurde. Dank der FDP konnte aber bereits rasch eine Übergangsgesetzgebung erarbeitet werden, die die heutigen, unbestrittenen Massnahmen weiterführt. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke und umweltpolitische Rückschritte zu verhindern, und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen.

Wirtschaftsfreundlichkeit ist gefragt

Ein ganzes Bündel an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reformen, die alle auf langjährige FDP-Forderungen zurückgehen, ist in beiden Räten in der Herbstsession traktandiert. Dieses umfasst u. a. die Abschaffung der Industriezölle, die Abschaffung einer weiteren Stempelabgabe und die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen. Ob diese Massnahmen für eine Reduktion der Abgabenlast und zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich Mehrheiten finden, ist aber leider alles andere als klar. Umso mehr sind neben der FDP alle bürgerlichen Parteien gefordert, den wirtschaftspolitischen Tatbeweis zu liefern und die Rahmenbedingungen gerade im Wiederaufbau nach der Corona-Krise mit konkreten Massnahmen tatsächlich zu verbessern.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Abstimmung

Der Luzerner Ständerat Damian Müller engagiert sich gegen die 99%-Initiative.

Foto: Désirée Dittes



Die Jungsozialisten attackieren mit ihrer neuesten Initiative einmal mehr erfolgreiche Schweizer Firmen. Wir müssen diesem ideologisch motivierten Klassenkampf entschieden entgegentreten. Denn unsere KMU sind keine Abzocker, sondern sorgen für hochwertige Produkte und Dienstleistungen, bieten Arbeitsplätze und tätigen Investitionen.

Wieder einmal skandieren die Jungsozialisten (Juso) den Klassenkampf. Wieder einmal bedient sich die Linke der immer gleichen Klischees und behauptet keck, es sei doch genügend Geld da für ihre Begehrlichkeiten. Nur: Dieses Geld ist nicht einfach da, sondern es gehört jemandem. Wollen wir wirklich der Enteignung von privaten Vermögen und massiver staatlicher Umverteilung zustimmen? Bereits mehrere Male haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Ansinnen der Juso an der Urne eine Abfuhr erteilt. Doch das hält diese nicht von immer neuen Forderungen ab. Diesmal behaupten die Initianten, dass nur ein Prozent der Bevölkerung von ihren Begehrlichkeiten betroffen wäre. Das ist schlicht falsch: Auch Hauseigentümerinnen und -eigentümer, Kleinsparer, Landwirte sowie Start-ups und Unternehmer müssten nach dem Willen der Juso substanziell mehr Steuern bezahlen. Die Initiative verlangt nämlich, dass Kapitalerträge immer zu 100 Prozent als Einkommen zu versteuern sind. Wer eine Aktie mit etwas Gewinn verkauft, erzielt eine Erhöhung seines steuerbaren Einkommens. Wer das im grösseren Rahmen tut

und den Schwellenwert von 100 000 Franken erreicht, müsste auf jeden gewinnbringend erwirtschafteten Franken einen fiktiven Steuerbetrag in der Höhe von 50 Prozent zahlen.

Kapital wird bereits heute vierfach besteuert

Besonders unehrlich ist, dass die Initianten so tun, als würden solche Erträge nicht schon heute massiv besteuert. Es gibt in der Schweiz bereits eine vierfache Besteuerung von Kapital: Kapitalsteuern, Gewinnsteuern, Einkommensteuern auf Dividenden sowie die Vermögenssteuer. Das ist im Vergleich der Industrieländer eine überdurchschnittlich starke Besteuerung von Kapitaleinkommen. Vom sogenannten «Steuerdumping», von dem die Initiantinnen und Initianten ständig reden, also keine Spur.

Insbesondere KMU wären von der 99%-Initiative stark betroffen. Wer persönliches Vermögen in einem Betrieb gebunden hat, würde zur Kasse gebeten. Zusätzlich zur Vermögens- und Gewinnsteuer müssten dann auch Dividenden zu 100 Prozent oder gar 150 Prozent besteuert werden. Das

trifft alle Firmeninhaberinnen und -inhaber, die mehr als 10 Prozent am eigenen Betrieb halten. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Initianten sind dies aber nicht in erster Linie Menschen mit Milliardenunternehmen, sondern vorab KMU wie Präzisionswerkzeughersteller, Schreinereien oder Landwirtschaftsbetriebe. Wer erfolgreich wirtschaftet, müsste auf seine Dividenden statt 70 Prozent neu bis zu 150 Prozent Steuern zahlen. Dieses Geld fehlt dann logischerweise im Betrieb und schwächt die Innovationsfähigkeit empfindlich.

Zum Klumpenrisiko würde auch jede Betriebsübergabe. Die Nachfolgefrage in Familienunternehmen ist bereits heute ein Knackpunkt. Da jedes erfolgreiche Unternehmen im Laufe einer Generation an Wert gewinnt, würde die zusätzliche Besteuerung entweder weniger Erlös oder einen höheren Kaufbetrag bedeuten. Denn künftig würde die erzielte Wertsteigerung bis zu 150 Prozent als Einkommen besteuert. So ist diese Initiative höchst wirtschaftsfeindlich, weil sie den Kern des Unternehmertums angreift und die Substanz von Firmen schwächt. Die Initianten zielen angeblich nur auf das reichste ein Prozent ab – in Wahrheit würden aber alle zur Kasse gebeten, die erfolgreich wirtschaften. Deshalb ist es wichtig, am 26. September ein deutliches Zeichen gegen den Klassenkampf zu setzen und die Initiative zu versenken.

Damian Müller, Ständerat LU

Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach an der Delegiertenversammlung in Martigny auch über die Ehe für alle.
Foto: Désirée Dittes



«Es ist nicht am Staat, Sitten zu diktieren»

Justizministerin zur Ehe für alle

Bundesrätin Karin Keller-Sutter nennt im Interview mit dem Freisinn die Gründe für ein Ja am 26. September 2021 zur Vorlage Ehe für alle.

Die Zahl der Eheschliessungen in der Schweiz nimmt seit 2010 tendenziell ab. Wieso braucht es die Ehe für alle noch? Es waren in den 70er-Jahren auch schon weniger Hochzeiten. Interessant ist doch, dass diese Zahl in der Schweiz verhältnismässig stabil ist: Die Ehe bleibt populär, auch wenn wir heute auch andere Formen des Zusammenlebens kennen. Zwei Frauen oder zwei Männer können etwa eine eingetragene Partnerschaft eingehen. Diese ist der Ehe aber nicht gleichgestellt. Sie hat nicht die gleiche Symbolik und es bestehen nach wie vor auch rechtliche Unterschiede, etwa bei der Adoption von Kindern, beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie bei der Einbürgerung.

Ist die Ehe für alle mit der Verfassung vereinbar? Die Frage ist legitim, weil es dazu unterschiedliche Meinungen gibt. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt: Gutachten wurden eingeholt und Experten angehört. Beide sind zum Schluss

gekommen, dass eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare keine Verfassungsänderung erfordert. Die Verfassung definiert die Ehe nicht als Verbindung zwischen Frau und Mann.

Viele sagen, ein Kind brauche Mutter und Vater. Mit der Ehe für alle wäre dies erstmals anders. Nein, das wäre nichts Neues. In der Schweiz werden 40 Prozent der Ehen geschieden. 20 Prozent der Kinder leben heute in nicht-klassischen Familien. Jedes siebte Kind wächst bei nur einem Elternteil auf. Bereits heute ist für Paare in eingetragener Partnerschaft die Stiefkindadoption möglich. Kinder brauchen zuallererst verlässliche Beziehungen zu Menschen, die sie begleiten und ihnen ein Umfeld bieten, in dem sie Liebe und Geborgenheit erfahren können.

Die Gegner monieren, dass die Ehe für alle der Zwischenschritt zur Zulassung der Eizellenspende und Leihmutterschaft ist. Stimmt das? Nein, es sind hier

keine weiteren Anpassungen vorgesehen. Die anonyme Samenspende und die Eizellenspende bleiben für alle Paare verboten, das Verbot der Leihmutterschaft steht sogar in der Verfassung. Damit haben alle Ehepaare, auch gleichgeschlechtliche, im Bereich der Fortpflanzungsmedizin die gleichen Rechte.

Mit der Öffnung der Samenspende wissen Kinder von zwei Frauen nicht mehr, wer der Vater ist. Kinder haben ein Recht zu wissen, wo sie herkommen, das ist sogar in der Verfassung verankert. Das ist mir sehr wichtig. Darauf hat auch der Bundesrat in den parlamentarischen Beratungen gepocht. Der Ständerat hat dann eine gute Lösung gefunden, die dieses Recht sicherstellt: Bei der gesetzlich geregelten Samenspende von verheirateten Frauenpaaren wird jede Spende registriert. Jedes Kind kann mit 18 Jahren Einsicht in dieses Register verlangen. Anonyme Samenspenden bleiben in der Schweiz hingegen zu Recht verboten.

Die Schweiz gehört in Westeuropa zu den letzten Ländern, die die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. Wie kommt das? Ich bin der liberalen Überzeugung, dass der Wandel aus der Gesellschaft kommen muss. Wenn der Wandel reif ist, dann folgt die staatliche Gesetzgebung. Es ist nicht am Staat, Verhaltensweisen und Sitten zu diktieren. Die Forderung nach der Ehe für alle ist in der Gesellschaft gewachsen. Wir sehen, dass sie in dieser Frage heute viel offener ist als noch vor einigen Jahren.

Weshalb ist die Ehe für alle ein typisch freisinniges Anliegen? Am Ende ist die zivile Ehe ein Vertrag zwischen zwei Menschen, die sich lieben. Der Staat soll private Beziehungen nicht werten und den Menschen also auch nicht vorschreiben, wie sie ihr Paar- und Familienleben zu gestalten haben. Es gibt keinen Grund, diesen Vertrag nicht allen anzubieten. Der Staat lässt damit allen die Wahlfreiheit. Für die Ehe zwischen Frau und Mann ändert sich zudem nichts, es entsteht niemandem ein Nachteil. Ich finde, das ist eine liberale Kernforderung.

Sie sind seit 32 Jahren verheiratet. Würden Sie im Fall eines Ja zur Ehe für alle gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat empfehlen? Es ist nicht an mir als Bundesrätin, Ratschläge in Ehefragen zu erteilen, und schon gar nicht als Liberale (lacht). Jedes Paar soll die Form des Zusammenlebens selbst bestimmen. Ich kann nur für mich selbst reden: Die Heirat war für mich nie einfach eine juristische Sache, sondern eine Liebesheirat. Mir war auch die Symbolik wichtig.

Interview: Mario Epp

«Wenn der gesellschaftliche Wandel reif ist, folgt die staatliche Gesetzgebung.»

Der Neubau von Lehner Versand wird nächstes Jahr fertiggestellt.



Thomas Meier führt das Handelsunternehmen Lehner Versand und politisiert für die FDP im Luzerner Kantonsrat. Er setzt auf nachhaltige Lösungen, die auf Freiwilligkeit beruhen.

Onlinehändler gehörten in den letzten Monaten zu den grossen Gewinnern. Aufgrund geschlossener Läden und Grenzen boomte der Einkauf im Internet. Davon profitieren nicht nur grosse Anbieter, sondern auch kleinere Händler wie beispielsweise Lehner Versand. Wobei das Familienunternehmen mit Sitz im luzernischen Schenkon als Omnichannel-Anbieter fungiert und auch über neun stationäre Läden in der ganzen Schweiz verfügt. Thomas Meier ist seit zwölf Jahren Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand und hat das Unternehmen seither deutlich vergrössert. Mittlerweile verschickt das Unternehmen rund 1 Mio. Pakete von seinem Verteilzentrum in Schenkon in die ganze Schweiz. Zum Angebot gehören insbesondere Kleider, Bettwaren und Haushaltartikel. Die 320 Mitarbeiter erwirtschaften mittlerweile rund 100 Mio. Umsatz, und Lehner Versand hat noch Grosses vor.

Neubau bald in Betrieb

Derzeit entsteht auf dem Areal entlang der Autobahn A2 ein 30 Meter hohes Hochregallager, das das Wachstum auffangen soll. Der Neubau, der nächstes Jahr in Betrieb gehen soll, besticht nicht nur durch seine Grösse, sondern auch durch eine

einzigartige Fassade aus Fotovoltaik-Panels. Eine solche Installation gibt es bisher in der Schweiz nicht und unterstreicht die Ambitionen von Lehner Versand, Ökonomie und Ökologie zu kombinieren. Thomas Meier setzt seit langem auf Innovationen, die sein Unternehmen nachhaltiger machen, wobei die Massnahmen sinnvoll sein müssen. «Wir rechnen alles durch und setzen es um, wenn es sich lohnt», so Meier. Bereits auf dem aktuellen Gebäude verfügt Lehner Versand über eine Photovoltaik-Anlage, die Strom für 54 Haushalte produziert. Auch bei der Mobilität setzt Lehner Versand auf umweltfreundliche Lösungen. Auf der letzten Meile werden die Pakete mit Elektrofahrzeugen transportiert. Zudem steht am Hauptsitz in Schenkon für Kunden und Mitarbeiter eine E-Tankstelle zur Verfügung. Bei deren Installation war sie die erste E-Tankstelle in der Zentralschweiz. Geheizt werden die Gebäude von Lehner Versand mit einer Grundwasserpumpe, womit sich das Unternehmen den jährlichen Einkauf von 40 000 Litern Heizöl sparte.

Nachhaltigkeit durch das Steuergesetz

Für Meier sind umweltfreundliche Massnahmen sinnvoll, wenn sie auf Freiwilligkeit basieren und



Die Fotovoltaik-Anlage produziert Strom für 54 Haushalte.



Thomas Meier ist Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand.



Lehner Versand verschickt rund 1 Mio. Pakete pro Jahr.

einen konkreten Nutzen bringen. Diese Haltung vertritt er auch im Luzerner Kantonsrat, wo er seit gut zwei Jahren für die FDP politisiert. Im Kantonsparlament hat er sich auf Vorstösse in den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit spezialisiert. Für Meier bietet zum Beispiel das Steuerrecht Möglichkeiten für ökologische Massnahmen. So kann heute eine Wärmedämmung eines Gebäudes nur zu 50% von den Steuern abgezogen werden, ein herkömmlicher Pinselanstrich dagegen zu 100%. Ebenfalls setzt sich Meier dafür ein, dass bei der Nutzung von Grundwasser zu thermischen Zwecken keine Konzessionsgebühren mehr anfallen. Damit sollen Anreize zum Umstieg von Ölheizungen zu umweltfreundlichen Heizsystemen geschaffen werden. Der Luzerner Unternehmer wird sich auch künftig bei Lehner Versand und in der Politik für nachhaltige Lösungen einsetzen und damit aufzeigen, dass wirtschaftliches Handeln nicht im Widerspruch zu Umweltfreundlichkeit stehen muss.

Marco Wölfli

Der lange Kampf für die Ehe für alle steht kurz vor dem Ziel.



Gleiche Rechte für alle!

«Love is liberal»

Wir stehen vor einer historischen Entscheidung: Am 26. September stimmt das Volk über die Ehe für alle ab. Die Gegner wollen, dass die Ehe Mann und Frau vorbehalten bleibt. Die Befürworter fordern die Abschaffung von Diskriminierung.

Kritiker der gleichgeschlechtlichen Ehe argumentieren, dass die Ehe als Union zwischen Mann und Frau definiert ist. Dies zu ändern, würde der Natur widersprechen und sowohl die Institution Ehe als auch deren Rolle in der Gesellschaft untergraben. Eine Legalisierung würde die Fortpflanzung als zentrale Aufgabe der Ehe ignorieren. Dabei gibt es gewichtige Gründe, die für die Vorlage sprechen.

Gleichberechtigung

Befürworter argumentieren, dass Gleichberechtigung auch wirklich Gleichberechtigung bedeuten muss. Eine zivilisierte Gesellschaft diskriminiert nicht aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder Sexualität und die Aberkennung des Rechts zu heiraten, ist eindeutig Diskriminierung. Schwule und heterosexuelle Paare verdienen beide die Rechte, die mit einer Ehe verbunden sind – beispielsweise in Bezug auf Steuern, Eigentum, Erbe

und Adoption. Egal wie man es ausdrückt, die Ablehnung von gleichen Rechten für Schwule und Lesben ist Homophobie.

Die Ehe funktioniert

Die Ehe ist eine erfolgreiche Institution und es macht Sinn, sie für so viele wie möglich zu erlauben. Seit dem Beginn der Geschichte, haben sich Paare in Liebe durch die Ehe miteinander verbunden. Diese Möglichkeit auf alle zu übertragen, wird unsere Gesellschaft weiter stärken. Eine Legalisierung ist nur die Anerkennung der Realität: Es gibt homosexuelle Menschen, die sich lieben und die sich einander verschreiben wollen, genauso wie heterosexuelle Menschen.

Wahlfreiheit

Der Staat sollte nichts darin zu sagen haben, wie erwachsene Menschen ihr Leben führen wollen.

Wenn zwei Menschen sich lieben und heiraten möchten, dann sollte ihnen das erlaubt sein, egal welche Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Geschlecht sie haben. Liebe und Ehe sollte eine rein persönliche Wahl sein. Wenn sich Regierungen in die Privatangelegenheiten der Menschen einmischen, vorschreiben wen sie heiraten können, dann sind individuelle Freiheiten in Gefahr, und das kann gefährliche Auswirkungen haben.

Das Schweizer Parlament hat am 18. Dezember 2020 mit grosser Mehrheit entschieden, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll.

Diese Gesetzesänderung – die «Ehe für alle» – ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung von homo- und bisexuellen Paaren mit heterosexuellen Paaren in der Schweiz. Es ist höchste Zeit, dem gesellschaftlichen Wandel Taten folgen zu lassen. Wir kämpfen für ein Ja zur Liebe am 26. September! Hilfst du uns dabei?

Arbela Statovci
Co-Präsidentin FDP Wallisellen

Philipp Gasser (rechts) mit Sven Marti, Wahlkampf- und Netzwerkleiter an der DV in Martigny.
Foto: Désirée Dittes



Einsiedler im «People's Business» Politik

Gelebte Eigenverantwortung im FDP-Praktikum

Im Oktober 2020 trat Philipp Gasser sein Praktikum bei der FDP. Die Liberalen im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» an. Mitte September endet es nun nach knapp einem Jahr. Ein Rückblick über seinen Weg zum Generalsekretariat der Partei, die vielfältigen Tätigkeiten, den Teamspirit und was die Werte der FDP damit zu tun haben.

Die Faszination und Freude an der (Schweizer) Politik fand ich vergleichsweise spät. War ich doch an der Stiftsschule Einsiedeln mit Latein und Biochemie gut bedient. Aber nach der Matura sah ich mich weder als Lehrer in einem Schulzimmer noch als Forscher in einem Labor stehen – zu statisch und «langweilig» erschien mir diese Vorstellung. Meine Interessen galten einem dynamischen und interdisziplinären Beruf, der Tagesaktualitäten berücksichtigt und manchmal auch Unvorhersehbares beinhaltet. Darum entschloss ich mich schlussendlich für ein Studium der Kommunikationswissenschaften und Politologie an der Universität Zürich. Parallel entwickelte sich mein Interesse für die FDP. Je mehr ich in Diskussionen über Parteien und Positionen verstrickt wurde, desto mehr fühlte ich mich zu den Freisinnigen

hingezogen. So lag es nahe, dass ich mich für ein Praktikum im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» entschieden habe.

Freiheit, Eigenverantwortung, Corona

In einem Beruf, bei dem die Zusammenarbeit mit anderen Menschen elementar ist, ist der Einstieg während der Corona-Pandemie – wo viele im Homeoffice verweilen – kompliziert. Einige Gesichter sah man erst nach Wochen persönlich und nicht mehr über den Bildschirm. Die erschwerte Situation änderte jedoch nichts an der Offenheit und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden.

Neben Unterstützung erhielt man auch Freiheiten und Eigenverantwortung, was die Selbst-

ständigkeit zusätzlich förderte. Bereits nach kurzer Zeit organisierte ich digitale Stammtische, verfasste Newsletter und Infomails oder arbeitete mit den Kantonalparteien bei den unterschiedlichsten Projekten zusammen. Stets mit der Freiheit, eigene Ideen und Prägungen einzubringen.

Die fortschrittliche blaue Linie

Meine spannendsten Tätigkeiten kamen mit der Lancierung der Plattform Blueprints.ch. Auf der Plattform für freisinnige Umweltpolitik, werden Vorstösse, Aktionen und Videos von Freisinnigen über alle föderalen Ebenen gesammelt und als Ideenpool genutzt. Ich befasste mich mit dem Design und der Nutzerfreundlichkeit der Website, der Kommunikation mit den Kantonal- und Ortsparteien, besuchte KMU in der ganzen Schweiz und recherchierte im Bundesarchiv. Das Highlight war die Planung und Durchführung eines Videoprojekts mit den nationalen Parlamentariern über mehrere Tage im Bundeshaus. Spätestens jetzt wusste ich, wie umfangreich und interdisziplinär die politische Arbeit ist. Der persönliche (Lern-) Fortschritt, welchen ich aus diesen Arbeiten ziehen konnte, war enorm.

Die gemeinsinnige Familie

Interdisziplinär arbeiten erfordert gezwungenermassen die Zusammenarbeit mit den anderen Teams im Generalsekretariat. Was nach einem potenziellen Brandherd klingt, war und ist immer noch das, was ich am meisten schätzen gelernt habe: die Zusammenarbeit, der Teamspirit, der Gemeinsinn. Man wird nicht als «der Praktikant» abgestempelt, sondern begegnet sich von Beginn an auf Augenhöhe und eigene Inputs und Ideen werden aufmerksam angehört. Nach einem strengen und hektischen Politalltag kommt auch der Spass und das Zwischenmenschliche nicht zu kurz.

Jetzt geht es erst richtig los

Freiheit, Fortschritt, Gemeinsinn – dies sind die drei freisinnigen und liberalen Werte der FDP. Dass diese nicht nur leere Worthülsen sind, sondern gelebt werden, das habe ich in meiner Zeit als Praktikant im Generalsekretariat erkannt. Und auch wenn mein Praktikum vorbei ist, bleibe ich der FDP erhalten. Ich habe meine Chance gepackt und beginne ab Mitte September meine Festanstellung als Campaigner und Mitarbeiter im Team Wahlkampf.

Philipp Gasser

Wir suchen regelmässig neue Talente für das Generalsekretariat. Unter www.fdp.ch/aktuell/stellenangebote finden Sie die aktuell ausgeschriebenen Stellen.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)**



JA

Ehe für alle

AGENDA

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Biel

Einladung zum Fachreferat

«Die nationale Sicherheit der Schweiz
in einer instabilen Welt»



Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D.,
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

-> **Donnerstag, 14. Oktober 2021, in Bern**
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15,
3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben:
Kasernenstrasse 27), oder
per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern
bis Breitenrain, dann 300 m
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühle-
strasse bis zur Kaserne.

-> **Donnerstag, 21. Oktober 2021, in Zürich**
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihl-
strasse 33, 8001 Zürich

-> **Beginn jeweils:**
18.45 Uhr Apéro
19.30 Uhr Referat
Keine Anmeldung notwendig.

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare
Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte
Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und
Verantwortung» in den Grössen M und L
bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die
französische Beschriftung «Libre et Respon-
sable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Ver-
sandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/
shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit
der Handykamera scannen.



Nichts verpassen!

Melden Sie sich jetzt bei unserem Threema Broadcast an.



**ACHTUNG BÖSE
ÜBERRASCHUNG!**



FDP
Die Liberalen

NEIN
ZUR STEUER-
INITIATIVE

zukunft-sichern.ch